

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2019



- * 4 Junge Alternative - Zensuriert und bestraft *
- * 7 Klimaklage - Alles steht auf dem Spiel *
- * 8 Kantonsrat - Es geht um das Kulturerbe *
- * 14 Verkehr - Keine Lust an Mehrverkehr *
- * 22 Referendum - Das ist eine Mogelpackung *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Die Jungen sind da

4 Junge Alternative

Zensuriert und bestraft

6 Junge Alternative

Streiken für das Klima

7 Klimaklage

Alles steht auf dem Spiel

8 Kantonsrat

Es geht um das Kulturerbe

9 Kantonsrat

Willkommene Verstärkung

10 Filzfrei

Unabhängig und transparent

11 Grünspecht

Belächelte Jugend

12 Bildung

Chancengleichheit in Zug

14 Verkehr

Keine Lust an Mehrverkehr

16 Regierungsrat

Ein Rückblick

20 Frauen*

Movimiento Feminista

22 Referendum

Das ist eine Mogelpackung

24 Rohstoff

Kohle mit Kohle

25 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Die Jungen sind da

Esther Haas, Kantonsratsvizepräsidentin, Alternative – die Grünen Zug



Kürzlich schlug ein Lernender im Unterricht vor, dass über 70-Jährige nicht mehr zu Wahlen und Abstimmungen zugelassen werden, «weil sie über die Zukunft der Jugend entscheiden, ohne davon betroffen zu sein». Wums, der sass! «Demnach hätte ich in acht Jahren kein Stimm- und Wahlrecht mehr», war meine spontane Reaktion. Der mitleidige Blick des Lernenden stimmte mich etwas zuversichtlicher. Heimlich habe ich mich gefreut über den Vorschlag. Nicht, weil ich stimm- und wahlmüde wäre. Ganz und gar nicht. Ich freute mich vielmehr, dass die Jugend im Jahr 2019 wieder aufmüpfig daherkommt. Junge Menschen mischen sich ein in die Politik, sie wollen gehört werden. «Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut», tönt es am Klimastreik, der unlängst auch in Zug angekommen ist, aus tausenden von jungen Kehlen. Lange galt die Mehrheit der Jugendlichen des 20. Jahrhunderts als pflichtbewusste Hedonisten. Die Klimadiskussion scheint viele jungen Menschen aus dem Busch zu klopfen: «Mein Ziel ist es, die Leute aufzurütteln. Ich – wir alle hier – probieren

möglichst viel Aufmerksamkeit auf das zu lenken», liess sich die 18-jährige Kantischülerin Jana Kronig in der «Zuger Zeitung» zitieren. Exponenten der internationalen Klimastreikbewegung erklären ihr immer lauter werdendes Engagement so: «Wir jungen Menschen machen die Hälfte der weltweiten Bevölkerung aus. Unsere Generation wuchs mit der Klimakrise auf [...]. Trotzdem sind die meisten von uns nicht in die lokalen und globalen Entscheidungsprozesse eingebunden. Wir sind die stimmlose Zukunft der Menschheit.» Einverstanden – ausser mit dem letzten Satz. In der Schweiz hätten alle Jugendlichen ab dem 18. Altersjahr Gelegenheit mitzureden. Nur wenige von ihnen haben in den letzten Jahren diese Chance gepackt. Ich empfinde es im Unterricht bei expliziten politischen Themen zuweilen schwierig, bei Jugendlichen dafür Interesse herauszukitzeln. Auch die Jungparteien versuchen immer wieder, die Jugend für ihre Anliegen zu sensibilisieren. Mit mässigem Erfolg. Eine grosse Ausnahme sind die Jungen Alternativen. Mit ihrer Zersiedelungsinitiative waren sie

sehr lange gut unterwegs, der grosse Coup blieb leider aus. Ihr Engagement zahlte sich letztlich in viel Anerkennung aus für einen Abstimmungskampf gegen übermächtige Gegner. Die Jungen Alternativen kennen sich aus. Seit Jahren leisten sie politische Knochenarbeit und schaffen so die Lancierung einer eigenen Initiative. Sie sind nicht einfach die Wasserträger der Mutterpartei, sondern setzen sichtbare Schwerpunkte. Mit Themen wie Foodwaste, Internetzensur und Cannabis sprechen sie ihre Altersgenossen direkt an.

Ich wünsche mir noch mehr junge Menschen wie Remo Conti, Konradin und Luzian Franzini, Christina Gut, Vivienne Hanke, Basil Höfliger, Tim Kilchsperger, Julia Küng, Jeanine Marti und Gurbetelli Yener. Sie setzen sich im Vorstand der Jungen Alternativen ein für ein «soziales, solidarisches und ökologisches Zug, das auch für die Jugend seinen Freiraum hat.» Mit ihrer Beharrlichkeit fordern sie uns Alte heraus. Sie widersprechen dem vernichtenden Urteil von Sokrates, der um 469 v. Chr. schrieb: «Die Jugend liebt heutzutage den Luxus [...] sie hat keinen Respekt vor den älteren Leuten und schwatzt, wo sie arbeiten sollte.» Falsch, Herr Sokrates! Die Jugend 2019 will mitgestalten. Der Klimastreik ist mehr als ein Zeichen. Was für die Jungen Alternativen gilt, nimmt sich auch die Klimastreikbewegung zu Herzen: «Wir werden nicht länger die Faust im Sack machen.» Ich freue mich auf weitere Aktionen von jungen Aktivisten. Ich freue mich, dass die Jugend mehr sucht als «den Luxus» (Sokrates!). Mein Aufruf gilt allen Jungen: Seid weiterhin laut, dass euch alle hören, auch jene, die das Thema Klima und ähnliche Themen am liebsten auf den Mond verbannen würden. Aber deshalb müsst ihr uns Alten nicht gleich das Stimm- und Wahlrecht klauen. ■

3

Zensuriert und bestraft

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

4 Was bisher geschah: Im April 2017 haben die Jungen Alternativen und die JUSO mit Plakaten, auf denen die zwei Regierungsräte Heinz Tännler und Matthias Michel zu sehen waren, geworben. Sie hatten deren Jahreslohn als Regierungsräte veröffentlicht und dazu den Satz: Zug hat genug bezahlbaren Wohnraum. Das war zu viel für die beiden. Sie haben mittels einer superprovisorischen Verfügung dafür gesorgt, dass das Abstimmungskomitee die Plakate sofort entfernen lassen mussten.

Das Komitee kam dieser superprovisorischen Verfügung nach und entfernte die Plakate. Gleichzeitig wehrten sie sich mit einer Eingabe ans Gericht gegen diese Verfügung. Sie verwiesen dabei auf einen Präzedenzentscheid des Bundesgerichts, das in einem bedeutend krasserem Fall (Vasella gegen JUSO Schweiz) ein Plakat als Politsatire qualifiziert und als zulässig erklärt hatte. In der ersten Sommerferienwoche 2017 entschied der Kantonsrichter, dass die superprovisorische Verfügung zu Recht erlassen worden sei, lehnte aber das Gesuch der beiden

Regierungsräte ab, weil dieses materiell nach erfolgter Abstimmung nicht mehr relevant sei. Obwohl das Komitee damit eigentlich freigesprochen wurde, auferlegte der Richter dem Komitee die Gerichtskosten und die Bezahlung einer Parteientschädigung an die beiden Regierungsräte.

Obergericht

Diesen Entscheid focht das Komitee beim Obergericht an. Dass im Kanton Zug das Recht auf Politsatire anders als vom Bundesgericht vorgespurt ausgelegt wird, ist schon schwer verständlich. Dass aber die Gerichtskosten

ten und Parteientschädigung den Jungparteien aufgebürdet wird – ob schon es nie zu einer Verurteilung kam – ist auch nicht gerade das, was man sich unter einem Rechtsstaat vorstellt.

Am 20. Dezember hat das Obergericht entschieden. Es ist auf die Berufung nicht eingetreten und legt bei Gerichtskosten und Parteientschädigung nochmals nach. Da das Komitee ja vom Kantonsrichter nicht verurteilt wurde, gebe es auch nichts zu klagen. Dies ist ja noch einigermaßen nachvollziehbar. Schwierig zu verstehen ist, dass damit dem Komitee die Möglichkeit verschlossen bleibt, sich gegen die superprovisorische Verfügung zu wehren. Dazu hätten sie die Plakate eigentlich hängen lassen müssen.

Dass das Obergericht auch nicht bereit war, die Berufung bzgl. Kosten an die zuständige Instanz weiterzuleiten, ist schwer zu verstehen. Es entsteht schon der Eindruck, dass sich auch das Obergericht daran beteiligt hat, die jungen Linken zu bestrafen.

Bundesgericht

Die beiden Jungparteien haben den Entscheid des Zuger Obergerichts an das Bundesgericht weitergezogen. Das Bundesgericht hat am 8. November 2018 den Weiterzug abgewiesen, ohne über die Persönlichkeitsverletzung zu urteilen. Vier der fünf BundesrichterInnen haben sich nicht mit der Sachfrage beschäftigt, sondern hinter Formalitäten versteckt: Das Plakatverbot sei gegenstandslos, weil keine Plakate mehr hängen. Wenn über die Frage der Persönlichkeitsverletzung entschieden werden soll, müssten die Jungparteien einen neuen Prozess – eine sogenannte Negativfeststellungsklage – einleiten. Trotz fehlenden materiellen Urteils hat das Bundesgericht bei der Parteientschädigung nochmals draufgelegt. Die Jungparteien müssen nun fast CHF 17 000 an die Regierungsräte Tännler und Michel bezahlen. Den



Zensuriert, aber nicht verurteilt. Trotzdem müssen die Jungparteien blechen.



Die superprovisorische Verfügung ist Vergangenheit – die Wohnungsnot bleibt aktuell.

Regierungsräten ist es gelungen, beide linken Jungparteien über mehrere Jahre hinweg finanziell massiv zu belasten.

Vermutlich ist den fünf Bundesrichtern die politische Dimension dieses Prozesses nicht entgangen. In Zukunft kann man unter Androhung einer hohen Busse eine superprovisorische Verfügung gegen unliebsame Kampagnen erwirken. Wenn man lange genug wartet, muss niemand mehr über die Sache entscheiden, weil sie gegenstandslos geworden ist. Dies öffnet Tür und Tor für die Zensur unliebsamer Kampagnen.

Auch wenn das Plakat zensiert wurde, ist zu hoffen, dass sich die Jungparteien nicht mundtot machen lassen. ■

Vasella gegen JUSO

Das Bundesgericht wies eine Beschwerde des ehemaligen Novartis-CEO und Chairman Daniel Vasella gegen die JUSO und Cédric Wermuth im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf vor der 1:12-Initiative ab. Die JUSO hatten damals ein Plakat veröffentlicht, auf dem Daniel Vasella zwischen Brady Dougan und Oswald Grübel zu sehen ist, wobei die Köpfe der drei Personen auf die Körper unbekleideter Männer gesetzt sind. Brady Dougan hält vor seiner Scham ein Kräutertöpfchen, Oswald Grübel ein A4-Blatt mit dem Text «1:12» und Daniel Vasella verdeckt seine Scham mit den Händen. Über dem Bild steht: «1:12-Initiative – gesammelt!» und «ABZOCKER, ZIEHT EUCH WARM AN!»; unterhalb des Bildes finden sich der Schriftzug «JUSO/JS/GS» und das Parteisignet. Später veröffentlichte die JUSO eine weitere Fotomontage mit Daniel Vasella.

Vasella klagte in der Folge gegen die JUSO und Cédric Wermuth aus Persönlichkeitsverletzung auf Beseitigung und Unterlassung. Vor Obergericht unterlag Vasella. Das Bundesgericht bestätigt dieses Urteil. Unbestritten war, dass Vasella in seiner Persönlichkeit verletzt worden ist. Strittig war jedoch, ob ein Rechtfertigungsgrund vorlag. Einen solchen erblickt das Bundesgericht in der satirischen Natur der Abstimmungsplakate. Auch im Rahmen der Satire ist allerdings eine Interessenabwägung durchzuführen. Das Bundesgericht hält zum Begriff der Satire fest, dass die Satire kumulativ drei Tatbestands Elemente voraussetzt:

- Aggression: nicht gegen eine bestimmte Person, sondern gegen einen Repräsentanten eines bestimmten Verhaltens oder auch gegen eine Ordnung oder Institution
- sozialer Zweck: Die dargestellte Wirklichkeit wird mit einer übergeordneten Norm konfrontiert bzw. ein Widerspruch wird aufgedeckt.
- Stilmittel: Die erwähnte Konfrontation wird mit bestimmten Stilmitteln vollzogen, z.B. durch die Karikatur.

Ob die Satire geschmack- oder humorvoll ist, ist dabei belanglos.

Das Bundesgericht sieht diese drei Voraussetzungen hier als gegeben an. Es zieht folgenden Schluss: «Wenn er gemeinsam mit zwei weiteren Exponenten [...] auf die eingangs beschriebene Weise dargestellt worden ist, so wurde der Spielraum ausgereizt, ist aber die Grenze des in der politischen Auseinandersetzung Zulässigen noch nicht überschritten, [...]»

Unterstützung

Mit einer Spende helfen Sie, die Schulden zu tilgen. Die Jungparteien sitzen noch immer auf Schulden im Umfang von mehr als 10 000 Franken. Danke für die Unterstützung!

Alternative Bank, 4601 Olten
 PC 46-110-7
 CH77 0839 0034 3650 1000 4
 zugunsten Zuger Komitee für bezahlbaren Wohnraum,
 Metallstr. 5, 6300 Zug

Streiken für das Klima

Tim Kilchsperger, Vorstandsmitglied Junge Alternative Zug

6 In der Schweiz hat sich in den letzten Monaten eine der grössten Jugendbewegungen seit den 80er-Jahren formiert: die Klimajugend. Gemeinsam mit Jugendlichen rund um den Globus gehen junge Menschen für einen wirksamen Klimaschutz auf die Strasse. Denn ihnen allen ist bewusst: Sie werden die vollen Auswirkungen des Klimawandels miterleben.

Blicken wir erst etwas zurück: Im August 2018 entschied sich eine schwedische Schülerin namens Greta Thunberg, zukünftig jeden Freitag auf die Schule zu verzichten, um vor dem schwedischen Reichstag einen Sitzstreik abzuhalten. Greta wurde dadurch innert kurzer Zeit zum Vorbild für eine ganze Generation. Vom Mut und der Verpflichtung zum Engagement für den Klimaschutz angesteckt,

de das CO₂-Gesetz verwässert hatten, gab der Bewegung zusätzlichen Schub. Am 18. Januar 2019 fand dann ein erster schweizweiter Klimastreik statt, mit insgesamt 22 000 Teilnehmenden. Auch in Zug haben rund 300 Menschen an der Kundgebung teilgenommen. Die Teilnehmenden kamen mit kreativen Transparenten und Plakaten und vor allem mit einer grossen Portion Mut. Trotz oder gerade wegen der



Auch die jungen Zuger*innen beteiligen sich mit kreativen Plakaten und lautstarken Forderungen am Klimastreik.

haben Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt verschiedenste Formen von Sitzstreiks und Demonstrationen abgehalten. So ist die Bewegung des Klimastreiks Anfang Dezember auch in der Schweiz angekommen. Begonnen haben Jugendliche in Zürich mit einem spontanen Demonstrationzug, ihnen gefolgt sind eine Woche später Schüler*innen und Studierende der Städte Bern, Basel und St. Gallen. Die Wut über das Unverständnis der bürgerlichen Politiker*innen im Nationalrat, welche zu diesem Zeitpunkt gera-

angedrohten Konsequenzen hatten sie sich für die Teilnahme am Klimastreik entschieden. Am 2. Februar 2019 stellte die Klimastreikbewegung dann klar, in welchem Ausmass sie mobilisieren kann und brachte schweizweit 60 000 Demonstrierende auf die Strassen.

Klimanotstand – auch in Zug!

Die dezentral und basisdemokratisch organisierte Bewegung hat inzwischen konkrete Forderungen und Ziele formuliert. So verlangen die Jugendlichen die Ausrufung des natio-

nen Klimanotstandes, die Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Schweiz auf netto Null bis 2030, ohne den Einsatz von Kompensationstechnologien und als wichtigste Forderung die Klimagerechtigkeit. Die Forderung des Klimanotstandes verlangt ein klares Bekenntnis der Regierung, den Klimawandel als Krise anzuerkennen und auch als solche zu behandeln. Der erste Kanton, der einen solchen Klimanotstand ausgerufen hat, ist Basel-Stadt. Dessen Kantonsparlament verpflichtet sich damit selbst, jedes zukünftige Geschäft, das Auswirkungen auf das Klima hat, unter der Berücksichtigung der ökologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Nachhaltigkeit zu behandeln. Weiter kommt dazu, dass die Bevölkerung umfassend über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels informiert wird und auch über Massnahmen, die ergriffen werden müssen. In der Stadt Zug hat Luzian Franzini im Namen der Jungen Alternative eine Einzelinitiative mit vergleichbarem Inhalt auf Gemeindeebene eingereicht. Die Klimaziele sind erreichbar, es muss dazu aber entschlossen gehandelt werden!

Klimagerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit

Die zentrale Forderung nach Klimagerechtigkeit will, dass die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Forderung prangert an, was eigentlich schon lange klar ist: Grosskonzerne und Banken erzielen immense Gewinne mit klima- und umweltschädlichem Handeln, während dies von Staaten wie der Schweiz aktiv begünstigt wird. Die Leidtragenden dabei sind die Ärmsten der Welt. Die Klimajugend erkennt auch die weitreichenden Auswirkungen des Klimawandels auf die sozialen Ungleichheiten der Welt. Der Kampf für Klimagerechtigkeit ist somit immer auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit. ■

Alles steht auf dem Spiel

Lore Zablonier, Vorstandsmitglied der KlimaSeniorinnen Schweiz

Wir KlimaSeniorinnen setzen uns mit unserer Klage für den Schutz unserer Grundrechte ein, insbesondere Recht auf Leben. Denn die Schweizer Klimaziele sind eine Gefahr für unsere Gesundheit und verletzen somit die Verfassung wie auch die Europäische Menschenrechtskonvention.

Wir klagen aufgrund der wissenschaftlich belegten Tatsache, dass ältere Frauen ab einem Alter von ca. 74 Jahren in ihrer Gesundheit besonders gefährdet sind durch die Hitzewellen. Mit der Klage wollen wir den Erhalt einer natürlichen Lebensgrundlage für uns und vor allem für die nachfolgenden Generationen durchsetzen. Denn alles, was uns lieb ist, steht auf dem Spiel.

Gescheiterte Gesetzesrevision

Das im zurzeit noch geltenden CO₂-Gesetz festgelegte Reduktionsziel bis 2020 reicht für die Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad bei weitem nicht aus. Die Reduktion müsste gemäss unbestrittener wissenschaftlicher Analysen mindestens 25 bis 40 Prozent betragen. Das gilt erst recht für das 1,5-Grad-Ziel, das gemäss der Klimakonferenz in Paris 2015 angestrebt werden sollte. Die verpassten Reduktionen können später kaum mehr nachgeholt werden. Die Revision des CO₂-Gesetzes im Dezember 2018 scheiterte kläglich. Das Parlament wollte dem Klimaschutz im Inland eine Abfuhr erteilen und seine Klimaziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen vor allem mit dem Ankauf von Emissionszertifikaten im Ausland erreichen. Das Gesetz hätte die Missachtung eines nachhaltigen Klimaschutzes in unserem Land bedeutet, so wie es von einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung erwartet wird.

Im August 2016 gründeten wir den Verein KlimaSeniorinnen Schweiz mit damals über 300 Mitgliedern, mit dem Ziel, den Bund und das Parlament über den gerichtlichen Weg zu einer Klimapolitik zu zwingen, die den Anforderungen genügt, die menschgemachte Klimaerwärmung

zu stoppen. Heute zählt der Verein über 1220 Mitglieder, bestehend aus älteren und alten Frauen mit einem Durchschnittsalter von 74 Jahren. Dazu unterstützen uns rund 900 weitere Personen.



Anlässlich der GV am 16. Januar 2019 zur Weiterführung der Klage ans Bundesgericht. (Bild KlimaSeniorinnen)

Unser Ziel ist, dass der Staat seine Schutzpflichten uns gegenüber wieder wahrnimmt und ein Klimaziel verfolgt, das der Anforderung genügt, eine gefährliche Störung des Klimasystems zu verhindern. Wir fordern umfassende, auf dieses Ziel angepasste Massnahmen und eine bessere Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.

Klagen durch alle Instanzen

2016 reichten wir unser Rechtsbegehren beim Bundesrat und den zuständigen Departementen ein. 2017 lehnte das federführende Departement UVEK (Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) unser Begehren ab. Dagegen legten wir 2018 Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein. Doch auch dort wurde unser Begehren abgelehnt. Laut Urteil seien

wir nicht stärker betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Damit verwehrt das Gericht uns die Möglichkeit, uns gegen die durch die Klimaerwärmung verursachte Grundrechtsverletzung zu wehren. Bundesrat, Parlament und Verwaltung zeigten keine Bereitschaft, unsere Kritik ernst zu nehmen. Im Dezember 2018 sind wir nun im dritten Schritt mit einer Beschwerde gegen das Urteil ans Bundesgericht gelangt. Wir lassen uns nicht entmutigen, weil

wir überzeugt sind, dass wir im Recht sind. Wir sind bereit, unsere Grundrechte bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu verteidigen, falls das Bundesgericht unser Begehren ebenso ablehnt.

Die Politik kreist weiterhin um sich selbst und diskutiert u.a. über breitere Strassen für die umweltverpestenden SUVs, aber nicht über «Netto Null», eine uneingeschränkte Notwendigkeit, wenn unsere Generation, die für dieses Klimadesaster verantwortlich ist, die Lebensgrundlage uns und den nachfolgenden Generationen erhalten will. Die jungen KlimastreikerInnen machen es uns vor. Wir müssen laut werden, um die PolitikerInnen aufzuwecken und sie an ihre in der Verfassung festgelegte Schutzpflicht gegenüber der Schweizer Bevölkerung zu erinnern. ■

Es geht um das Kulturerbe

Mariann Hess, Kantonsrätin Alternative – die Grünen

8 Der Kanton Zug ist aufgrund seines reichhaltigen und vielfältigen Kulturerbes und vor dem Hintergrund einer seit Jahrzehnten überdurchschnittlich hohen Bautätigkeit auf einen wirksamen Denkmalschutz angewiesen. Mit dem durch den Kantonsrat Anfang 2019 verabschiedeten Gesetz wurde der Denkmalschutz aber de facto abgeschafft.

Wir hatten bisher ein sehr moderates Gesetz, das der Eigentümerschaft so weit wie möglich entgegenkam. Unter anderem konnten auch geschützte Gebäude massvoll und zweckmässig verändert werden, um sie den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Dabei wurden trotz des hohen Wertes eines Denkmals oft zusätzliche Ausbaumöglichkeiten gewährt.

Denkmalschutz de facto abgeschafft

Unser 300 Jahre altes Zuger Bauernhaus ist seit bald 30 Jahren unter Schutz. Wir haben bei einer Renovation gute Erfahrungen mit der Denkmalpflege gemacht und deren Fachwissen geschätzt. Die Ansprüche an die beratenden Personen der Denkmalpflege sind hoch. Oft müssen divergierende Interessen unter einen Hut gebracht werden, was Fingerspitzengefühl, Innovation und Kreativität verlangt. Offenbar gab es im Verlauf der Jahre aber auch unglückliche Entscheide von Seiten des Denkmalschutzes. Diese haben Unmut bei einigen Hausbesitzern hervorgerufen. Die aufgetretenen Probleme wurden auch von den Verantwortlichen in der Abteilung Denkmalpflege und Bauberatung wahrgenommen, und der Wille war da, das Gesetz zu überarbeiten. Dieser Umstand wurde aber auch durch Immobilienfirmen ausgenutzt, die sich historischer Häuser angenommen hatten. Sie hatten genügend Zeit und Geld – sowie Vertreter im Kantonsrat. Sie nahmen die Gelegenheit der Gesetzesrevision wahr, einen Kahlschlag im Denkmalschutz zu veranstalten. Mit dem neuen Gesetz, das der Kantonsrat Anfang 2019 verabschiedet hat, wurde der Denkmalschutz de facto abgeschafft. Zukünftig soll man lokale und re-

gionale Bauten, welche noch keine 70 Jahre alt sind, nicht mehr gegen den Willen der Eigentümerschaft unter Schutz stellen können. Zugleich könnte für bereits unter Schutz gestellte Zeitzeugen eine Neubeurteilung verlangt werden, um diese möglicherweise aus ihrem Schutzstatus zu entlassen. Für jemand, der in Zukunft sein Haus gerne unter

wurde vom bürgerlich dominierten Kantonsrat abgelehnt. Der Zuger Heimatschutz, der Historische Verein, das BauForum Zug und der Archäologische Verein haben sich konsequenterweise das Ziel gesetzt, dieses Gesetz dem Volk zur Abstimmung vorzulegen und sind mittlerweile daran, die nötigen Unterschriften zu sammeln.

So wie alle Menschen ihre persönlichen Erinnerungen haben, braucht eine Gesellschaft Denkmäler für die kollektive Erinnerung. Denkmäler sind ein Stück Geschichte. An sie knüpfen sich individuelle und kollektive Erlebnisse und Erinnerungen,



Denkmalschutz: Für den Erhalt der lokalen und regionalen, historischen Bauvielfalt.

Schutz stellen möchte, wird dies sehr viel schwieriger werden. Unsere städtischen, dörflichen und ländlichen Räume würden sich stark verändern. Sowohl das typische Zuger Bauernhaus als auch der intakte malerische Weiler drohten mit der Zeit zu verschwinden. Die lokale und regionale Vielfalt der Baudenkmäler ginge weitgehend verloren. Dass Heimatschutz und Denkmalpflege in unserem reichen Kanton keinen Platz mehr haben sollen, ist für Zug ein Armutszeugnis.

Für den Erhalt des Kulturerbes

Der von links-grüner Seite gestellte Antrag für ein Behördenreferendum

sie zeugen von früheren Zeiten und gesellschaftlichem Wandel, sie überdauern Jahrhunderte und behaupten sich in einem sich verändernden Umfeld. Mit dem neuen Gesetz würden wir nicht nur unsere Heimat, sondern auch das kulturelle Erbe zukünftiger Generationen unwiederbringlich zerstören. ■

Referendum gegen das neue Denkmalschutzgesetz

Unterschriftenbögen gegen das neue Zuger Denkmalschutzgesetz können unter www.zugerheimatschutz.ch heruntergeladen werden.

Willkommene Verstärkung

Redaktion BULLETIN

Im vergangenen Oktober wurde die Fraktion der Alternativen – die Grünen (ALG) um einen Sitz vergrössert. Somit sind zurzeit elf VertreterInnen aus sieben Gemeinden im Kantonsrat. So viel wie seit 2010 nicht mehr. Die drei neuen Mitglieder stellen wir hier vor.



Stéphanie Vuichard ist in Zug geboren, gross geworden und immer noch hier wohnhaft. Der französische Name stammt von ihrem Vater, der aus dem Kanton Freiburg stammt. Sie hat an der ZHAW in Wädenswil Umweltingenieurwesen studiert und später an der Uni Zürich den Master in Umweltwissenschaften absolviert. Dabei hatte sie stets den Schwerpunkt Ökologie und Naturschutz in der Schweiz im Fokus. Mittlerweile arbeitet Stéphanie hauptberuflich im Naturama Aargau, wo sie Naturförderkurse und Beratungen durchführt. Nebenbei arbeitet sie auch im Natur- und Tierpark Goldau als Rangerin und in einer befristeten Anstellung beim Amt für Wald und Wild im Kanton Zug im Bereich Waldbiodiversität. Während des Studiums machte Stéphanie die Erfahrung, dass vieles im Bereich Natur- und Umweltschutz nicht vorwärtsgeht, weil die Politik auf der Bremse steht. Sie arbeitete nach dem Studium zwei Jahre bei der VCS-Sektion Zug in einem 20-Prozent-Pensum. Da sie sich das Büro mit dem Sekretariat der ALG teilte, bekam sie mit, was in der Zuger Politik läuft und rutschte immer mehr hinein, bis sie sich schliesslich auch als Kantonsratskandidatin aufstellen liess. Mit grosser Freude vernahm sie, dass sie gewählt wurde, wofür sie sich an dieser Stelle bei allen UnterstützerInnen bedanken möchte. Stéphanie will im Rahmen ihres Amtes insbesondere im Natur- und Umweltschutz etwas bewegen und freut sich auf die Herausforderung.



Ivo Egger (35 J., verheiratet, 1 Tochter) hat eine kaufmännische Berufsmaturität in der Versicherungsbranche sowie einen Bachelor in Umweltingenieurwesen, hat jahrelange Erfahrung in kantonalen Verwaltungen und arbeitet seit Kurzem in einem privaten Ingenieurbüro Teilzeit im Bereich Lärmschutz/nachhaltiges Bauen. Er engagiert sich in den kantonalen Vorständen des Verkehrsclubs Schweiz und ProVelo. Bis Ende 2018 hat er die ALG Baar in der kommunalen Tiefbau- und Verkehrskommission vertreten. Dank des Proporzsystems kam es im Oktober 2018 zu seiner überraschenden Wahl. Im Kantonsrat vertritt Ivo Egger nun die ALG in der Hochbau- sowie Ad-hoc-Kommission der Steuergesetz-Revision. Seine grössten politischen Anliegen sind die nachhaltige Raumentwicklung, der Umwelt- sowie Gesundheitsschutz.



Tabea Zimmermann (Kantonsschullehrerin in Luzern, Co-Präsidentin ALG Stadt Zug, Vorstand ALG Kanton Zug) ist politisch aktiv, weil sie mitgestalten will. Sie setzt sich dafür ein, dass in Zug auch die Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden, nicht nur die Wirtschaft. Ihre Erfahrung im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug und das Interesse für kantonale Themen gaben ihr den Anstoss zur Kandidatur für den Kantonsrat. Den Vergleich zwischen der Arbeit im GGR und dem KR findet sie spannend: Die konkrete gesetzgebende Arbeit in der Stadt einerseits, die tendenziell abstraktere, dafür weitreichendere Bedeutung der kantonalen Vorlagen andererseits. Tabea freut sich auf die neuen Erfahrungen und die Arbeit im Kantonsrat und hofft, dass es ihr gelingen wird, auch dort die alternativen Anliegen – zumindest ab und zu – erfolgreich einbringen zu können. Gleichstellung, Solidarität und Nachhaltigkeit erreicht man nur mit viel aktivem Einsatz.



Die Fraktion der Alternativen – die Grünen im Kantonsrat.

Unabhängig und transparent

Luzian Franzini, Vorstandsmitglied Alternative – die Grünen Stadt Zug

10 Über die genauen Zahlen lässt sich nur spekulieren, doch bis zu einer Million Franken haben Kantonal- und Ortsparteien sowie Kandidierende für ihren Wahlkampf im letzten Herbst ausgegeben. Es war eine Materialschlacht sondergleichen. In Leser*innenbriefen verschafften Wähler*innen ihrem Unmut Luft.

Die Flut von Briefkastenversänden, Give-Aways, Telefonaktionen, Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Online-Werbung und Plakaten ist nicht nur umwelttechnisch problematisch, sondern auch aus demokratischer Sicht. Inhalte verschwinden hinter von Mar-

Note «ungenügend»

Die Schweiz ist das einzige europäische Land, welches noch keine Transparenzrichtlinien auf nationaler Ebene kennt. Sie hat die Empfehlungen des Europarat-Gremiums Greco bisher nicht umgesetzt und er-

politischen Kampagnen offengelegt wird. Ansonsten können Scheinkomitees Initiativen und Referenden lancieren und zur Abstimmung bringen. Dass dies nicht einfach Schwarzmalerei ist, offenbarte die Abstimmung zum Geldspielgesetz im Juni 2018. Ein bürgerliches Komitee aus Jungfreisinnigen, Mitglieder der Jungen Grünliberalen und der Jungen SVP liess sich das Sammeln des Referendums von der europäischen Casinolobby mit 500 000 Franken vergolden. Als sie danach behaupteten, dass für den Abstimmungskampf kein weiteres Geld mehr geflossen sei, deckte «10vor10» weitere Zahlungen auf. Der genaue Betrag bleibt bis heute im Dunkeln, man geht jedoch von einem Millionenbetrag aus.



Die Filzfrei-Kampagne der Alternativen – die Grünen vor den Wahlen 2018.

ketingagenturen getesteten Slogans und bearbeiteten Gesichtern. Wenn der SVP-Kandidat fürs Stadtpräsidium André Wicki die ganze Stadt Zug mit Plakaten zukleibert, die für mehr bezahlbaren Wohnraum werben, verschwinden politische Positionen endgültig.

Die Alternativen – die Grünen hielten sich nicht nur mit Wahlwerbung zurück, sondern waren die einzige Partei, welche ihre Ausgaben und Interessensbindungen offenlegte. Mit Filzuntersätzen und dem Motto «Filz gehört unter die Möbel und nicht in die Politik» machten die Wahlhelfer*Innen auf das Grundproblem aufmerksam. Es braucht mehr Transparenz in der Zuger Politik.

hielt im August letzten Jahres erneut die Note «ungenügend». Die Greco bedauert in ihrem Bericht, dass die Schweizer Behörden keine Gesetzesänderungen in die Wege geleitet haben. Doch auch die internationale Kritik hat bisher wenig genützt. Der Bundesrat liess in seiner Botschaft gar verlauten, dass Transparenzregelungen nicht mit den Eigenheiten des schweizerischen Politsystems vereinbar seien.

Dass finanzielle Abhängigkeiten zu schlechter Politik führen, zeigte sich unlängst beim Abgasskandal in Deutschland. Gerade in einer halbdirekten Demokratie wie in der Schweiz ist es besonders wichtig, dass die Herkunft von Geldern bei

Junge Alternative kündigt Initiative an

Auch wenn sich die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern gegen mehr Transparenz in der Politik stellt: Bei der Stimmbevölkerung findet diese Forderung grossen Anklang. So gibt es dank ausserparlamentarischem Druck bereits im Tessin, Genf und in Neuenburg Vorschritten für das Offenlegen von Komitee- und Parteienbudgets. Und dank gewonnener Volksabstimmungen sind auch die konservativen Kantone Schwyz und Freiburg daran, Transparenzregelungen auszuarbeiten.

Stimmbürger*innen haben das Recht zu wissen, welche wirtschaftlichen Interessen hinter Parteien und Kampagnen stehen. Die jungen Alternativen haben bereits angekündigt, eine Volksinitiative zu lancieren, nachdem der Kantonsrat Anfang März gegen mehr Transparenz in der Zuger Politik gestimmt hat. Bleibt zu hoffen, dass im Nationalratswahlkampf die Alternativen – die Grünen nicht die einzige Partei bleibt, welche ihr Budget offenlegt. ■

Belächelte Jugend

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Junge Menschen machen sich Sorgen um das Klima und die Zerstörung unserer Umwelt, angefangen vom Plastikmüll in den Meeren bis zur Zersiedelung unserer Landschaft. Und die satte Wohlstandsgeneration – sie reagiert oft mit Ratschlägen von oben herab.

«Gut gemeint – mehr nicht» kommentierte die «Zuger Zeitung» das Abstimmungsergebnis zur Zersiedelungsinitiative. Inhaltlich nicht überzeugend und zum falschen Zeitpunkt lauteten die weiteren Beurteilungen in den Spalten vieler Zeitungen. So einfach kann man es sich machen... Dabei stellt der Grünspecht ein paar einfache Fragen: Wie anders als mit einem Einzonungsstopp über die ganze Schweiz kann der Zersiedelung wirksam Einhalt geboten werden? Wann denn, wenn nicht jetzt mit dem täglichen Verlust von wertvollem Kulturland soll die Zersiedelung aufs politische Parkett gehoben werden? Die Gegner – vom Bundesrat bis zur SVP – haben im Abstimmungskampf immer auf das strenge Raumplanungsgesetz verwiesen. Auch der Gewerbeverband und die SVP waren auf einmal Feuer und Flamme für ein Gesetz, das sie bei der Abstimmung im März 2013 noch vehement bekämpft hatten. Dem Grünspecht kommt in diesem Zusammenhang eine alte chinesische Weisheit aus der Vogelwelt in den Sinn – «fällt eine Krähe ins Mehl, so bleibt sie doch nicht lange weiss». Bereits sind nämlich die Baulobby und Walliser Politiker daran, das Raumplanungsgesetz auszuhebeln.

Klimademonstrationen und Greta Thunberg

Das gleiche Muster – von oben herab belächelnd und belehrend – wiederholt sich bei Greta Thunberg sowie den Schülerinnen und Schülern, die weltweit für eine wirksame Klimapolitik gestreikt und demonstriert haben. Da wird den Jugendlichen unterstellt (Leserbrief von Karl Künzle, Menzinger, vom 8. Februar), sie sollten Mamataxis bestreiken und statt-

dessen mit dem Velo zur Schule fahren. Oder es wird ihnen geraten, kalt zu duschen. Nur ein Detail: Die Zahl der Mamataxis im Verhältnis zu den Schülern ist an der Kanti deutlich tiefer als beispielsweise bei den viel kleineren internationalen Schulen. Oder es wird ihnen geraten, im Kloster Einsiedeln Wetteraufzeichnungen aus dem Mittelalter zu studieren (Leserbrief von Heiri Kuhn, SVP Oberägeri, ebenfalls vom 8. Februar). Den Schülerinnen und Schülern wird im Kern eigenes Denken abgesprochen. Sie seien manipuliert und instrumentalisiert, lautet der permanente Vorwurf. Heiri Kuhn empfiehlt den Jungen sachliche Gespräche am runden Tisch als Mittel zur Lösungsfindung. Da kann der Grünspecht nur sein Gefieder schütteln – ausgerechnet die SVP, welche die Vorschläge zum Klimaschutz ablehnt und beim CO₂-Gesetz im Nationalrat stur Nein gesagt hat, rät den Jugendlichen, was zu tun sei. «Umweltschutz ja, aber natürlich, sauber und fair für alle», schliesst Kuhn seinen Leserbrief. Eine hohlere Leerformel hätte er wohl nicht finden können.

Die FDP gibt sich einen grünen Anstrich

Vor kurzem hat auch die FDP den Umweltschutz und die Klimapolitik wiederentdeckt. Zumindest die nationale Präsidentin Petra Gössi äussert sich so. Auf einmal ist die Kompensation von CO₂ im Inland nicht mehr ein No-Go; auf einmal spricht sich die FDP für eine Flugticketabgabe aus. Der Widerstand in

der Bundeshausfraktion, die noch im letzten Winter das CO₂-Gesetz bis zur Unkenntlichkeit verwässerte, ist schon da. Auch Bruno Pezzatti, Zuger FDPler in Bern, will von einer aktiven Klimapolitik nichts wissen. Im «Tages-Anzeiger» wird er wie folgt zitiert: «Wir sollten auf den liberalen, faktenbasierten Weg vertrauen.» Der Weltklimarat IPCC oder auch Greta Thunberg könnten dem neoliberalen Menzinger mit ein paar Fakten sicher



nachhelfen. Mit dem Tatbeweis für eine aktive Klimapolitik wird es die FDP schwer haben. Wie ist das schon mit der Krähe, die ins Mehl fällt?

Es geht um die Zukunft im 21. Jahrhundert

Die Kommentarspalten der Zeitungen haben manchmal ihren Reiz. So schreibt ein User etwa, Schüler dürften nicht fürs Klima streiken, da es keinen direkten Kausalzusammenhang zwischen Schülerinteressen und Klimaschutz gebe; sie sollten eher für besseren Unterricht demonstrieren. Ein anderer User reagiert prompt: «Die Kausalität ist gegeben. Es macht keinen Sinn für die Zukunft zu lernen, wenn man keine Zukunft mehr hat.» Dem hat der Grünspecht wirklich nichts mehr beizufügen. ■

Chancengleichheit in Zug

Redaktion BULLETIN

12

Vroni Straub-Müller und Kathrin Staubli sprechen über das Thema Chancengleichheit in der Schule und besonders in der Integrationsklasse des Kantons Zug. Diese wird von den Stadtschulen Zug geführt. Die besondere Herausforderung, die der Lehrkörper täglich meistert, ist enorm. Vieles, was uns natürlich und logisch scheint, stellt sich als Hürde heraus. Die Umstände sind vielfältig und verlangen ein besonderes Gespür.

«Die frühe Kindheit ist entscheidend für das ganze Leben, denn in dieser Zeit werden wichtige Weichen für die weiterführende Entwicklung von kognitiven und sozialen Fähigkeiten gestellt. Kinder, die in anregender Umgebung aufwachsen, verfügen über höhere soziale, emotionale und kognitive Fähigkeiten, schneiden bei Schultests besser ab, erreichen ein höheres Bildungsniveau und zeigen als Erwachsene eine bessere Erwerbsbiografie.» – so steht es auf der Internetseite der Jacobs Foundation zum Programm Primokidz, welches die Förderung der Chancengleichheit unterstützt. Auch die Stadt Zug ist Teil dieses Programms. Trotz Sparmassnahmen hat der Kanton Zug, dank der Überzeugungsarbeit von Vroni Straub-Müller, das Projekt unterstützt und kann auch davon profitieren.

Information zur Problematik ist wichtig

Familien und Einzelpersonen, welche sich mit dem Thema Chancengleichheit befassen müssen, werden durch die Mütter-und-Väter-Beratung bei Hausbesuchen mit wichtigen Informationen versorgt. Lehrpersonen werden an der PH auf die kulturelle Vielfalt der Schüler*innen in den Klassen vorbereitet. Sie lernen mit der Situation umzugehen, dass in den Integrationsklassen bis zu 30 verschiedene Muttersprachen gesprochen werden und viele verschiedene kulturelle und gesellschaftliche Werte im täglichen Zusammenleben berücksichtigt werden müssen. Der Anspruch, diese Tatsachen quer über den Fächerkatalog des Lehrplans zu berücksichtigen, fordert viel Wissen

und Gespür. Der Umgang mit Rückmeldungen der Kinder und der Eltern ist dabei sehr wichtig. Diese Spannung zeigt sich an ganz kleinen Dingen. Dazu ein Beispiel: Wenn Eltern aus Gegenden stammen, wo bei schlechter Witterung die Schule ausfällt, weil die Strassen dann nicht passierbar wären, übertragen sie diese Ängste unbewusst auf die Kinder. Es ist nicht zu erwarten, dass das Lehrpersonen auf Anhieb erkennen und verstehen, wenn ein Kind dann nicht zur Schule kommt. Die nötige Abklärung und Aufklärungsarbeit im Elternhaus wäre in der Regelklasse kaum zu schaffen.

Der Druck ist hoch

Die (neue) Regelung der Kantonschule Zug, dass die elektronischen Geräte der Schüler*innen von den Eltern bezahlt werden müssen, nachdem diese in der Primarschule von der Schule gestellt wurden, trägt auch nicht zur Chancengleichheit bei. Nicht alle Migrant*innen sind in der Lage, solche Investitionen zu tätigen. Eine mögliche Konsequenz ist, dass diese Jugendlichen unter dem Druck der Eltern einen anderen Bildungsweg wählen müssen, anstatt das Gymnasium zu besuchen. Das entspricht nicht dem Gedanken der Chancengleichheit. Die Stadtschulen leisten auf Gesuch hin Unterstützung. Zum Beispiel für Kinderbetreuung, Musikschulunterricht oder die Tagesschule. Wenn die Jugendlichen jedoch an der Kantonsschule sind, wäre der Kanton für die Unterstützung zuständig. Gerade in Zug, mit einer hohen Maturitätsquote und vielen Studienabschlüssen, steigt der Druck für diese Jugendlichen und ihre Familien.

Die Zuger Integrationsklasse

Als Lehrperson einer Integrationsklasse hat man eine interessante und vielschichtige Aufgabe, führt Kathrin Staubli aus. Die Kinder kommen aus sehr verschiedenen Kulturen und die Gründe für den Aufenthalt in der Schweiz sind unterschiedlich. Da sind Kinder, welche dank dem Resettlement-Agreement dauerhaft in der Schweiz bleiben können und Kinder aus Familien, welche noch im Asylverfahren sind und somit keine Sicherheit haben, ob sie in der Schweiz bleiben können. Grundsätzlich stellt man fest, dass alle Kinder in dieser Klasse einen enormen Willen haben, zu lernen. Man spürt und versteht jedoch, dass die Unsicherheit bei den Kindern, welche noch in einem laufenden Asylverfahren sind, gross sein kann, unter Umständen auch die Angst vor einer Ausschaffung. In einer solchen Situation kann sich eine gewisse Hoffnungslosigkeit breitmachen, was das Lernen erschwert. Es ist dann besonders herausfordernd, Motivation und ein gutes Lernklima zu erreichen.

Strukturen erleichtern die Integration

Obwohl die Stadtschulen integrative Schulen sind, wird trotzdem eine «Integrationsklasse» geführt. Was zunächst widersprüchlich klingt, macht aber durchaus Sinn. Denn es ist wichtig, dass diese Schüler*innen in ihrem Lerntempo die für die Integration nötigen Tätigkeiten und kulturellen Werte erarbeiten und lernen können. Die persönliche Situation dieser Schüler*innen ist dermassen unterschiedlich, dass es äusserst wichtig ist, sie dort abzuholen, wo sie stehen. In der Regelklasse wäre das nicht möglich, ohne eine Verlangsamung des Lerntempos aller Schüler*innen in Kauf zu nehmen und die Klassenlehrperson vor das grosse Problem zu stellen, trotz allem einen strikten Stoffplan einzuhalten. In der Integrationsklasse



Vroni Straub-Müller und Kathrin Staubli im Gespräch: Das Thema Chancengleichheit betrifft nicht nur die Schule.

wird zuerst ein Boden geschaffen, auf dem ein Lernen möglich wird. Zudem kennen viele Schüler*innen unser Alphabet nicht, so dass dieses als Erstes erarbeitet werden muss. Traumatische Erlebnisse müssen verarbeitet und Scheu überwunden werden. Vielleicht müssen nach einer monatelangen Odyssee der Flucht auch erst einmal Tagesstrukturen geschaffen und erlernt werden. Neben den schulischen Fächern wird auch in anderen Lebensbereichen geübt, welche die Integration fördern: Die Schüler*innen essen begleitet beim gemeinsamen Mittagstisch der Stadtschulen im GIBZ. Dort lernen sie nebst unserer Esskultur auch den Umgang mit den Kolleg*innen.

Integrationsangebote bleiben wichtig
Teilintegration wird auch auf der Kindergartenstufe, im Turnunterricht und im Handarbeits- und Werkunterricht praktiziert. Diese Teilintegrationen werden jeweils mit den Schüler*innen ausgehandelt und es dauert typischerweise ein halbes Jahr,

bis die Schüler*innen dieser Klasse in das Umfeld der Schule integriert werden können. Vroni Straub-Müller zeigt auf, dass junge Erwachsene von 14 bis 18 Jahren die Möglichkeit haben, beim Programm «pro Arbeit» und beim I-B-A Integrations-Brücken-Angebot mitzumachen. Da diese Jugendlichen oft ohne Eltern hier sind, werden besonders Beratungen, soziale Begegnungen, aber auch persönlicher Support und Auffrischen von Kenntnissen der Sprache oder dem Umgang mit Computer und Medien nötig. Das alles wird im Programm angeboten.

Und auch wenn man in letzter Zeit in der Presse lesen konnte, dass die Zahl der Asylsuchenden rückläufig sei, braucht es dieses Angebot weiterhin. Viele Lager mit Menschen auf der Flucht sind noch immer voll und diese Menschen brauchen eine Zukunft. Diese kann auch bei uns sein. Wir haben das Wissen und die Erfahrung und wollen die Integration weiter pflegen und den Menschen, die dies nötig haben, Hilfe anbieten. ■

Keine Lust an Mehrverkehr

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

14

Der Kanton Zug plant in der Gemeinde Risch einen Autobahn-Halbanschluss Rotkreuz Süd an der Buonaserstrasse zwischen Rotkreuz und Buonas. Dieser wird zu massiv mehr Durchgangsverkehr durch die Wohngebiete von Rotkreuz, Buonas und Risch führen. Am 17. Dezember 2018 haben die Grünen Risch-Rotkreuz zusammen mit Vertretenden der «IG Halbanschluss Nein» ihre Petition gegen den geplanten Autobahn-Halbanschluss Rotkreuz Süd dem Gemeinderat Risch überreicht. Mit dabei ist auch Hanni Schriber-Neiger, die zusammen mit Konradin Franzini seit der ersten Stunde gegen den Plan eines Halbanschlusses kämpft.

Die Petition mit über 1000 Unterschriften will deutlich zeigen, dass dieser geplante Halbanschluss auf wenig Gegenliebe stösst. Nach Ansicht der Grünen Risch-Rotkreuz würde dieser neue Halbanschluss zu massiv mehr Durchgangsverkehr durch die Dorfzentren und Wohngebiete von Rotkreuz, Buonas und Risch führen. Zu viele Menschen wären in ihrer Lebensqualität durch eine weitere Verkehrslawine massiv beeinträchtigt. Der Halbanschluss würde noch mehr motorisierten Verkehr anziehen und in allen vier Dörfern der Gemeinde Risch das Verkehrsproblem zusätzlich verschärfen.

Verkehrsspitzen brechen

Gemäss Argumentarium des Rischer Gemeinderats sei das Strassennetz um den Autobahnanschluss Rotkreuz in den Spitzenstunden des Werktagsverkehrs am Morgen (7 bis 8 Uhr) und am Abend (17 bis 18 Uhr) überlastet. Während am Morgen primär der Abfluss von der Autobahn zum Industriegebiet Rotkreuz und Bösch stockend sei, stauet sich am Abend der Verkehr aus dem Industrie- und Siedlungsgebiet am Kreisel Forren im Zufluss zur Autobahn. Die Baudirektion des Kantons Zug liess in den Jahren 2016–2017 eine Verkehrsstudie zu den Verkehrsproblemen in der Erschliessung der Industriegebiete Rotkreuz und Bösch Hünenberg ausarbeiten. Diese kantonale Verkehrsstudie kommt zum Schluss, dass sich das Überlastungsproblem nicht direkt vor Ort am Kreisel Forren lösen lasse.

Einerseits seien die Platzverhältnisse und die Knotenabstände zu knapp, andererseits führe der zusätzlich erforderliche Ausbau des bestehenden Autobahnanschlusses zu unverhältnismässig hohen Kosten. Ein zusätzlicher Autobahnanschluss im Bereich des Industriegebiets von Rotkreuz wird auch vom Bundesamt für Strassen (Astra) aus den oben genannten Gründen abgelehnt.

Die Bestvariante sei ein Halbanschluss Rotkreuz Süd und ein Bypass am Kreisel Forren. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass als Folge eine Verlagerung des Verkehrs auf die Buonaserstrasse entsteht.

Kantonsrat entscheidet

Damit die Planung für den Halbanschluss Rotkreuz Süd in Angriff genommen werden kann, muss zuerst ein entsprechender Eintrag in den kantonalen Richtplan vorgenommen werden. Zuständig für die Aufnahme in den kantonalen Richtplan ist der Kantonsrat des Kantons Zug. Der Entscheid des Kantonsrats wird im Verlaufe des ersten Halbjahres 2019 erwartet.

Im Anschluss daran wird das Bundesamt für Strassen (Astra) unter Beteiligung des Kantons und der Gemeinde das Projekt starten. Planung und Re-



Buonaserstrasse heute.



Eine IG kämpft gegen die Pläne des Kantons.

alisierung des Halbanschlusses Rotkreuz Süd würden schätzungsweise 5 bis 10 Jahre dauern. Im Unterschied dazu würde der Bypass Forren voraussichtlich in den Jahren 2020/2021 realisiert. Der Kanton Zug wird einen Beitrag an die Erstellungskosten für den Halbanschluss leisten. Sofern dieser mehr als fünf Millionen Franken beträgt, kann gegen den Entscheid des Kantonsrats das fakultative Referendum von 1500 Stimmberechtigten des Kantons Zug ergriffen werden. Alternativ kann der Kantonsrat das Behördenreferendum ergreifen und die Beitragsausrichtung direkt einer Urnenabstimmung unterstellen.

Was spricht dagegen?

Der Halbanschluss würde mehr Verkehr insbesondere in den Dorfkern Rotkreuz bringen, da ist man sich einig. An der Buonaserstrasse rechnet man mit bis zu 240 Prozent mehr Verkehr. Diese Strasse führt direkt ins Zentrum von Rotkreuz, das seit einigen Jahren mit Tempo 20 verkehrsberuhigt ist.

Schulkinder, Bewohnerinnen und Bewohner des Alterszentrums Dreilinden und die Menschen, die den Rotkreuzer Dorfplatz queren, um auf den Zug zu eilen oder die Sportplätze benutzen, wären sehr direkt betroffen. Der Fussverkehr zu den Geschäften im Dorfzentrum würde stark beeinträchtigt. Der wöchentliche Dorfmarkt und die Aktivitäten und Festivitäten auf dem Dorfplatz würden gestört oder gar gefährdet.

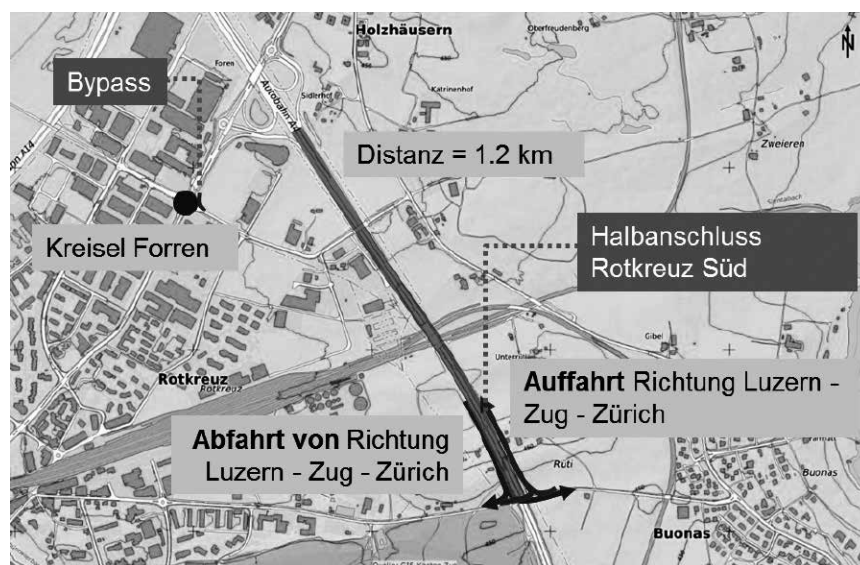
Die Gemeinde Risch Rotkreuz zählt 10 700 Einwohner. Ein neuer Halbanschluss wäre nur 700 Meter von der heute bestehenden Autobahnausfahrt entfernt. Zwei Autobahnein- und Ausfahrten sind für eine Gemeinde dieser Grösse sehr fraglich (überdimensioniert!).

Die «IG Halbanschluss Nein» moniert auch den Kulturlandverschleiss. Dieser betrifft unter anderem eine vom Kanton kürzlich aufwändig sanierte nassende Wiese (Schlussabnahme 2018).

Wohin mit dem Verkehrsvolumen?

Jürg Röthlisberger, Direktor Bundesamt für Strassen, hält in der Einleitung zum ASTRA-Jahresbericht 2016 fest, dass zusätzliche Verkehrsfläche allein nicht reichen wird, um das Verkehrsvolumen in der Zukunft bewältigen zu können. Man liest weiter davon, dass die Nutzung der Strasse effizienter, intelligenter und intensiver werden sollte. In den nächsten Zeilen werden konkrete Beispiele gemacht, es kommt auch Mobility Pricing vor,

um Verkehrsspitzen zu brechen und eine gleichmässige Auslastung der Verkehrsinfrastrukturen zu erreichen. Das heisst, dass die gleiche Menge (und der in Zukunft wachsende) Verkehr aufs ganze Gemeindegebiet verteilt werden soll. Ob dies die betroffene Bevölkerung akzeptieren wird, ist zu bezweifeln. Ob es verkehrstechnisch sinnvoll ist, bleibt ebenfalls fraglich und aus klima- und umweltpolitischer Sicht ist es ein Blödsinn. ■



Karte für das Projekt (Baudirektion ZG).

Interessensgemeinschaft Halbanschluss Nein

Die Interessensgemeinschaft Halbanschluss Nein hat gut 100 Mitglieder. Wer sich dafür interessiert oder per Newsletter auf dem Laufenden gehalten werden will, informiere sich hier: www.ig-halbanschluss-nein.ch/

Quellen

- Grüne Risch-Rotkreuz (gruene-zug.ch/ortsgruppen/risch-rotkreuz/halbanschluss/)
- www.zg.ch/behoerden/baudirektion/arv/richtplanung
- www.zg.ch/behoerden/baudirektion/arv/richtplanung
- Argumentarium Pro Halbanschluss Gemeinde Risch (www.zg.ch/behoerden/gemeinden/risch-rotkreuz/verwaltung/aktuelles/mitteilungen/richtplananpassung-mit-halbanschluss-wird-begruesst)

Ein Rückblick

Redaktion BULLETIN

16

Manuela Weichelt-Picard war während 12 Jahren Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen im Kanton Zug. Zum Abschluss ihrer langjährigen Tätigkeit ein Interview.

Wie bist du überhaupt in die Politik gekommen?

Ich bin 1991 von der Stadt Zürich nach Steinhausen gezogen. Zwei Dinge fielen mir sofort auf: Es war enorm schwierig, eine preisgünstige Wohnung zu finden. Zudem wurde ich, mit damals 24 Jahren, wieder mit «Fräulein» angesprochen. Ich verstand die Welt nicht mehr. Für mich gab es zwei Optionen: Entweder so schnell wie möglich wieder aus dem Kanton Zug wegziehen oder schleunigst Leute kennenlernen mit einer ähnlichen Lebenseinstellung und Wertehaltung. Dank dem «Herzlich willkommen»-Flyer der Frischen Brise Steinhausen, den ich kurze Zeit später im Briefkasten vorfand, entschied ich mich, zu bleiben. Ich nahm die Einladung an eine Parteiversammlung im Restaurant Linde an und dachte naiv, dass ich mich da – ähnlich wie bei berufspolitischen Veranstaltungen im Zürcher Volkshaus – unauffällig in die hinterste Reihe setzen könnte. Dem war aber nicht so! Alle Augen waren auf mich gerichtet. Nach zwei Versammlungen übernahm ich den Sitz in der gemeindlichen Sozialkommission und nach drei Jahren wurde ich von den SteinhauserInnen das erste Mal in den Kantonsrat gewählt.

Wie alt warst du damals?

27 Jahre alt.

Wurdest du als Nicht-Zugerin gut akzeptiert?

Ja, ich hatte immer viel Unterstützung, auch ausserhalb der Partei. Steinhausen und auch die übrige Bevölkerung im Kanton Zug nehmen ich als sehr offen war. Innerhalb der Frischen Brise, heute Grüne Steinhausen, hatten wir einen so genannten «Stützstrumpf», ein Gremium,

das aus Frauen bestand und mich während der acht Jahre Kantonsrat ununterbrochen unterstützte.

Warum hast du als Kantonsrätin nach zwei Legislaturen aufgehört?

Einerseits weil ich nach dem Attentat, bei dem ich glücklicherweise «nur» seelisch und nicht auch noch

Ich habe die Zeitungen gelesen und mich genervt, ob der Entscheidungen des damaligen Regierungsrates und des Kantonsrates. Ich habe mir gesagt, lieber bei den Entscheidungen aktiv dabei sein und Einfluss nehmen, als passiv die Entscheidungen in der Zeitung lesen, sich nur zu ärgern und die Faust im Sack zu machen. Es war mir wichtig, meine gesellschaftspolitischen Ideen und Vorstellungen einer liberalen, solidarischen, fortschrittlichen, grünen und gleichberechtigten Welt einzu-



Flyer zur Wahl in den Regierungsrat im Jahre 2002.

körperlich verletzt wurde, Ruhe und Regeneration brauchte. Andererseits weil das Jahr nach dem Attentat für mich als Fraktionschefin sehr anspruchsvoll war. Es war mir wichtig, dass die Fraktionsmitglieder das Trauma möglichst gut verarbeiten konnten. Wir hatten ja mit der Rischerin Anne Ithen und mit dem Baarer Hanspeter Uster auch zwei Fraktionsmitglieder mit sehr schweren körperlichen Verletzungen.

Und dann hat es dich doch zurück in die Politik gezogen. Warum?

bringen. Und so wurde ich dann 2006 von der Zuger Bevölkerung das erste Mal in den Regierungsrat gewählt.

Du hast die Direktion des Innern übernommen. Warum?

Damals wollte niemand die Direktion des Innern übernehmen. Dabei war das die interessanteste Direktion. Ein Glück, dass ich ihr 12 Jahre vorstehen durfte.

Die Direktion des Innern beinhaltet äusserst sensible Bereiche. Sei es der Kindes- und Erwachsenenschutz

oder auch der Asylbereich inklusive Integration. Hier war es uns möglich, die humanitäre Tradition der Schweiz auch im Kanton Zug wahrzunehmen. Für meine Mitarbeiterinnen und mich war immer klar: Der reiche Kanton Zug hat eine besondere Verantwortung gegenüber dem Rest der Menschheit. Auch während des grossen Anstieges der Asylzahlen in den Jahren 2015 und 2016 funktionierte die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gut und eine Vielzahl Freiwilliger aus der Bevölkerung engagierte sich. Indem der Kanton Zug die Zuständigkeit der Asylsuchenden bis zum Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltsstatus C (Niederlassungsbewilligung) übernimmt, sind die Gemeinden finanziell entlastet. Durch eine proaktive Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und einer seriösen Arbeit meiner Direktion war es gewissen Rechtspopulisten im Kanton Zug auch nicht möglich, Stimmung gegen die Schwächsten der Gesellschaft zu machen.

Auch im Sozialbereich bewältigten wir verschiedene Herausforderungen und konnten einige Erfolge feiern. Zu den persönlichen Highlights zählte für mich das Projekt «In Bezug». Es ist mir wichtig, dass die Menschen mit einer körperlichen, psychischen oder geistigen Behinderung soweit es geht – so wie du und ich – selbst entscheiden können, wo, mit wem und wie sie leben möchten und auch Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt haben. Hier leistete die Direktion des Innern Pionierarbeit.

Weiter ist auch das Projekt «Aufarbeitung der sozialen Fürsorge» sehr wichtig.

Für die Betroffenen und ihre Angehörigen ist es wichtig, dass das, was sie erlebt haben, ernst genommen und aufgearbeitet wird – und zwar gerade auch vom Staat, in dessen Namen viele dieser Dinge geschehen sind. Mit der Anerkennung des Unrechts ist auch eine Rehabilitie-



Flyer aus früheren Zeiten zur Wahl in den Kantonsrat.

rung der Opfer verbunden. Mit einer umfassenden Untersuchung zur sozialen Fürsorge im Kanton Zug im Zeitraum von 1850 bis 1980 übernehmen Kanton und Gemeinden die Verantwortung für die damaligen Geschehnisse. Die historische Aufarbeitung hilft zudem zu verstehen und aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen. Auch die Öffentlichkeit und jüngere Generationen sollen ein Bewusstsein für dieses Thema entwickeln können und sensibilisiert werden.

Pionierhaft kann man die Gleichstellung im Kanton Zug nicht bezeichnen, oder wie siehst du das?

Ja, dieses Kapitel ist eher peinlich für den Kanton Zug und kein Ruhmesblatt. Zuerst hat der Kantonsrat das Gleichstellungsbüro abgeschafft, danach auch noch die Gleichstellungskommission. Das Bundesgericht hat dem Kanton Zug bereits mittels zweier Urteile eine Handlungsanweisung gegeben und ihn aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage für die Gleichstellung zu schaffen. Es ist davon auszugehen, dass die Regierung in dieser Legislatur einen Gesetzesentwurf dem Parlament vorlegt. Wer weiss, vielleicht schaut die Regierung auch über die Landesgrenze hinaus bis nach Brandenburg. Da müssen die Parteien neu 50 Prozent Frauen für die Wahlen nominieren. Auch der Frauenstreik 2019 könnte ein wichtiges Zeichen setzen. Der vom Regierungsrat verabschiedete Massnahmenplan, welcher u. a. eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, mehr Frauen in Kaderpositionen sowie die Lohngleichheit fordert, ist noch längst nicht umgesetzt. Der Kanton Zug hat auch hier noch viele Lücken, gehört unser Kanton doch zu den teuersten Pflastern, was die Kinderbetreuung betrifft.

Was konntest du konkret für die Gleichstellung tun?

Frauenförderung! Zu Beginn meiner Regierungsratsstätigkeit hatten wir in der Direktion des Innern null Prozent Frauen im Kader. Heute sind es gut 50 Prozent. Das war keine Hexerei. Wenn Frau und Mann wollen, dann findet man die qualifizierten Frauen. Im Kader meiner Direktion durfte ich die letzten Jahre auf viele hochqualifizierte und motivierte Frauen zählen. Es zeigte sich auch in meiner Direktion, was die Wissenschaft schon lange weiss: Gemischte Teams arbeiten effizienter, harmonischer und treffen bessere Entscheidungen.

Das Wahlsystem hat ja auch in deinen 12 Jahren verschiedentlich gewechselt.

Ja, positiv ist sicher der Bundesgerichtsentscheid, der dazu geführt hat, dass der Kanton Zug den doppelten Pukelsheim eingeführt hat. Für die Kantonsratswahlen verfügen wir nun über ein faires Wahlsystem, bei dem jede Stimme – unabhängig vom Wahlkreis – gleich viel zählt.

Weniger toll ist die Einführung des Majorzes, welchen FDP und CVP beim dritten Versuch durchsetzten. Die angebliche Persönlichkeitswahl, die im Kanton Zug aber weiterhin als Parteienwahl in den Köpfen ist, führt dazu, dass die Linke keine Chance mehr hat, einen oder zwei Sitze in der Exekutive zu machen. Wenn die Bürgerlichen uns beim Majorz nicht auf die Liste schreiben, dann führt das zu einer rein bürgerlichen Regierung, wie wir jetzt sehen. Ein Zustand, den wir seit 100 Jahren nicht mehr hatten. Für ein gutes Zusammenspiel aller relevanter Kräfte aus meiner Sicht eine veritable Katastrophe, die zu politischen Blockaden führen kann.

Wie steht es denn mit den grünen Themen? Konntest du dich da auch einbringen?

Selbstverständlich. Als Vorsteherin des Amts für Wald und Wild habe ich mich auch für grüne Kernthemen erfolgreich eingesetzt. Wir schafften es, die Sparübungen im Naturschutz etwas zu mildern. Auch die drei von der Streichung gefährdeten Naturschutzgebiete Egg, Lorzentobel und Littibachtobel konnten erhalten bleiben und die Zuger Biodiversität kann trotz Sparpaket gefördert werden. Zudem bereinigten wir über 100 illegale Hütten im Wald, indem sie entweder nachträglich bewilligt wurden oder abgerissen werden mussten.

Hattest du nicht Angst, dass du wegen der Bereinigung der illegalen Waldhütten abgewählt wirst?

Nein, Angst ist in der Politik ein schlechter Ratgeber. Ob illegale Waldhütten oder ein anderes Thema: Mir war immer wichtig, dass ich mich an die Verfassung und an die Gesetze halte, auf die ich geschworen habe, dass ich mich an meine Wählerschaft erinnere und dass ich mir selbst am Abend in den Spiegel schauen kann. Den Vogel abgeschossen hat eine Person, die mit mir im Beisein meines Amtsleiters einen «Deal» aushandeln wollte. Sie bot mir an, vor den nächsten Wahlen ein schönes Fest für mich zu veranstalten, wenn ich im Gegenzug den Aufbau einer illegalen Waldhütte bewilligen würde. Ob so viel Dreistigkeit blieb mir die Sprache weg. Da ist die Person an die Falsche geraten. Hautnah habe ich erlebt, dass Korruption im Kleinen beginnt!

War deine Politik auf den Kanton Zug begrenzt?

Nein. Mir war es immer wichtig, dass ich mich auch in nationalen Gremien engagiere, wie beispielsweise im Vorstand der Schweizerischen SozialdirektorInnenkonferenz, im Plenum der Wald-, Wild- und Landschaftskonferenz, als Vertreterin der Kantone im Schweizerischen Holzförderungsfonds sowie als Präsidentin der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht. Mein Engagement als Regierungsrätin führte mich sogar aufs Parkett der internationalen Politik, als mich der Bundesrat 2007 damit beauftragte, die Schweizer Delegation an der UNO-Konferenz zur Frage des Alters in Léon, Spanien, zu leiten.

Was war das Highlight in den 12 Jahren?

Als Krönung meiner Zeit als Regierungsrätin durfte ich die letzten zwei Jahre als Frau Landammann den Kanton Zug repräsentativ nach aussen vertreten und die Regierungsratssitzungen leiten. Als erst zweite Frau – nach Brigitte Profos – im

Kanton Zug, die mit diesem Amt betraut wurde, war mir dies eine besondere Ehre. Meine Wahl zur Frau Landammann darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz aus gleichstellungspolitischer Sicht noch viel zu tun gibt. Sei es im Kantonsrat, in der Regierung oder in Spitzenpositionen in der Wirtschaft: Frauen sind immer noch massiv untervertreten.

Wann immer möglich, nahm ich die Einladungen an: Schützenfest, Gedenk Anlass in Morgarten, Pilgern nach Einsiedeln, Stierenmarkt oder Eröffnung der LZ-Weihnachtsspendenaktion, um nur einige wenige zu nennen. Die schönsten Momente durfte ich im direkten Kontakt mit der Bevölkerung erleben. Gespräche über den Alltag im Kanton Zug und insbesondere über Lebensbereiche, welche meine Direktion betrafen, gaben Kraft für die nicht immer einfache Aufgabe als einzige Linke und einzige Frau in der Zuger Regierung.

Gab es auch Sachen, die für dich schwierig waren?

Ja klar! Obwohl ich mein Amt geliebt habe, wurde mir im Laufe der Zeit immer bewusster, dass ich nicht alle Erwartungen erfüllen kann und diese sich teilweise auch widersprechen:

- Man soll Visionen haben, aber gleichzeitig das Realistische anstreben. Man soll neue Ideen einbringen, aber Kompromissbereitschaft zeigen.
- Man muss sachlich analysieren, aber bitteschön auch Leidenschaft und Gefühle zeigen.
- Man muss sich voll und ganz dem Amt hingeben, aber gleichzeitig das Privatleben nicht zu sehr vernachlässigen.

Dieser Spagat erforderte enorm viel Kraft. Schwäche zeigen, Fehler machen – dies gesteht man einem Regierungsratsmitglied nicht unbedingt zu. Vielmehr muss man alles «im Griff» haben, mit sämtlichen Auf-



Der letzte Tag als Regierungsrätin... Danke für deinen Einsatz!

gaben «auf Kurs» sein und es gilt, gegenüber dem Regierungsratskollegium, der Verwaltung, der Öffentlichkeit, dem Parlament und den Medien stets magistral und souverän aufzutreten.

Ein Ding der Unmöglichkeit?

Fest steht: Auch Mitglieder einer Kantonsregierung sind Menschen mit Stärken und Schwächen.

Wirst du die Politik im Kanton Zug weiterverfolgen?

Mit Sicherheit. Um nur ein Beispiel zu nennen, das Denkmalschutzgesetz. Es geht ja gar nicht, dass das kulturelle Erbe im Kanton Zug noch weiter geschwächt wird und der Kanton Zug bald nur noch aus Abrissbirnen, Kränen und Neubauten besteht. Wo bleibt der Sinn für unsere so wertvolle gebaute Heimat mit wichtigen architektonischen Zeitzeugen? Das Unbehagen in dieser Hinsicht ist in unserer Bevölkerung

verständlicherweise gross. Der Kantonsrat hat die Vorlage der Regierung verwässert und ging eindeutig zu weit. Das Referendum, das die Verbände lanciert haben, ist sehr wichtig und muss unbedingt unterstützt werden.

Und wie geht es bei dir weiter?

Ich habe mich nun erst einmal zusammen mit meinem Mann einer politischen Reinigung unterzogen (lacht). Konkret heisst das, dass wir für zwei Wochen in einer Ayurvedakur waren und uns körperlich, seelisch und geistig gereinigt haben. Erst danach ist für mich eine Neuorientierung möglich. Mit 51 Jahren ist die Zeit nun reif und ideal. Wohin der Weg führt, kann ich vermutlich Ende Jahr sagen.

Was möchtest du zum Schluss noch sagen?

In den vergangenen 12 Jahren durfte ich immer auf die Unterstützung von

Parteifreundinnen und Parteifreunden sowie unseres tollen Sekretariats zählen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch möchte ich meinen ehemaligen Mitarbeitenden für ihre Arbeit zugunsten der Zuger Bevölkerung danken und natürlich auch meinem Mann Arnim und meinen Töchtern Rezia und Lina, die in den letzten 12 Jahren sehr oft auf mich verzichten mussten.

Das erste Mal seit 1990 sind die Alternativen nun wieder komplett in der Opposition. Eine starke ökologische und soziale Stimme in den Gemeinden, im Kantonsrat, im Nationalrat und im Ständerat ist nun wichtiger denn je. Ein starkes Zeichen hat unsere Jugend mit der Umweltdemo im Januar gesetzt und 300 Personen auf dem Postplatz mobilisiert. Die Nationalratswahlen 2019 werden eine entscheidende Richtungswahl. Sei es in der Steuer-, Sozial- oder Umweltpolitik – Zug hat eine Alternative! ■

Movimiento Feminista

Fabienne Widmer, Montevideo

20

Wer in letzter Zeit durch Buenos Aires spaziert, dem stechen sofort die vielen kleinen grünen Tüchlein, «pañuelo verde» genannt, ins Auge. Wer ein solches trägt, gibt sich als Unterstützerin* der legalen Abtreibung zu erkennen. Längst sind die grünen «pañuelos» zum Erkennungszeichen der argentinischen Feminismus-Bewegung geworden und macht Mitstreiterinnen* auf der Arbeit, auf der Strasse, an der Universität oder in der U-Bahn sichtbar. Und die Feministinnen* wissen: Das Sichtbarmachen ihres Kampfes ist dringend notwendig, wenn die tiefsitzenden patriarchalischen Strukturen Argentiniens umgestürzt werden sollen. Insbesondere, nachdem der argentinische Senat im Oktober 2018 eine Legalisierung von Abtreibungen abgelehnt hatte.

Argentinien ist nach wie vor ein sehr katholisches und vor allem auch ein sehr konservatives Land. Die Kirche hat vor allem im Landesinneren grossen Einfluss und selbst in den grösseren Städten wie Cordoba oder der Hauptstadt Buenos Aires sind viele rückwärtsgerichtete Kräfte an der Macht. Kirche und Staat sind in Argentinien nicht getrennt und erstere hat grossen Einfluss auf letzteren. Das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Franziskus, der von manchen gerne als menschennaher und bodenständiger Papst gefeiert wird, könnte den Frauen* nicht ferner sein. Während der Abtreibungsdebatten im Parlament, als unzählige Frauen* vor dem Parlamentsgebäude für ihre Rechte demonstrierten, mischte er sich in die Diskussion in seinem Heimatland ein. Er warnte ausdrücklich vor einer Annahme der Legalisierung und bezeichnete Abtreibungen als Mord.

Kirche, Konservatismus und Patriarchat

Während die Kirche die konservativen Parteien unterstützt und umgekehrt die konservativen Politikerinnen und Politiker der Kirche ihren Stellenwert im Land sichern, spielt noch ein anderer Faktor eine grosse Rolle: das Patriarchat. Obwohl mit Christina Kirchner-Fernandez von 2007 bis 2015 eine Frau als Präsidentin amtierte, änderte sie kaum etwas an



Basisdemokratisch, antikapitalistisch, laut – die argentinischen Frauen* wehren sich gegen das konservative Patriarchat.
Bilder: Fotografías Emergentes.

den patriarchalischen Strukturen im Land. Vielmehr fügte sie sich in die Männerwelt ein und festigte diese Strukturen zu einem gewissen Grad sogar. Dass die Kirche ebenfalls nur von Männern geführt wird, muss eigentlich gar nicht mehr erwähnt werden. In Anbetracht dieser drei Eckpfeiler (Kirche, Konservatismus und Patriarchat) ist der Kampf der «pañuelos verdes» mehr als nur die Forderung der Abtreibungslegalisierung. Es ist eine Kampfansage gegen diese Strukturen und verfolgt das klare Ziel, das gegenwärtige System umzustürzen.

«Ni una menos!»

Das Fass zum Überlaufen gebracht hatten mehrere Femizide im Jahr 2015. Die wütenden Frauen* organisierten sich und gingen auf die Strasse. Die ständige Angst vor einem weiteren Femizid und die Machtlosigkeit sowohl in den Situationen selber als auch später gegenüber der Justiz, führten dazu, dass die Bewegung «#niunamenos» («nicht noch eine weniger») ins Leben gerufen wurde. Ihre Hauptforderung ist, dass keine Frau* mehr aufgrund ihres Geschlechts sterben muss. Die Aktivistinnen* präsentierten dafür einen 9-Punkte-Plan, der jedoch auf parlamentarischer Ebene kaum zur Kenntnis genommen wurde. Die Bewegung fokussiert sich darum auch hauptsächlich auf ausserparlamentarische Aktionen. Auch dies verdeutlicht noch einmal, wie Frauen* in diesem System nicht angehört werden. Anders als andere Bewegungen verlief «#niunamenos» nicht im Sand, im Gegenteil: Wie ein Lauffeuer breitete sie sich auf dem südamerikanischen Kontinent aus und legte die Grundsteine für die «ola verde», die «Grüne Welle» zwei Jahre später. Nach jedem Femizid gehen die Frauen* in den Städten nun auf die Strassen, skandieren «Ni una menos!» und machen sich mit ihren grünen «pañuelos» sichtbar.



Das grüne Tuch («pañuelo verde») ist nicht nur in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires zum beliebten Accessoire von Feministinnen* geworden.

Der Fall Lucia

Das Beispiel der 16-jährigen Lucia Perez, welche 2016 vergewaltigt und ermordet wurde, veranschaulicht den tiefsitzenden Machismo in der Gesellschaft. Sowohl in den klassischen als auch in den sozialen Medien wurde Lucia für ihr Schicksal selber verantwortlich gemacht. Als das Gericht die beiden Täter im Dezember 2018 von jeglichen Vorwürfen der Vergewaltigung und des Mordes freisprach und sie stattdessen nur wegen Drogenbesitz und -handel verurteilte, kam es zu einem grossen Aufschrei: Die feministische Bewegung wirft der Justiz (in diesem und in vielen anderen Fällen) vor, dass diese die Gewalt an Frauen* und die Femizide schlichtweg nicht anerkennt. Denn Lucia Perez ist nicht das erste Opfer, welches von der patriarchalischen Justiz nie Gerechtigkeit erfahren hat, sondern steht exemplarisch für alle anderen Frauen*, welche das gleiche Schicksal erlitten. Es ist wenig verwunderlich, dass die Frauen* schon lange kein Vertrauen mehr in die Justiz haben. Und zumindest in der aktuellen Legislaturperiode wird sich das auch kaum ändern, denn der amtierende, neoliberale Präsident Mauricio Macri unternimmt nichts gegen diese offensichtlichen

Ungerechtigkeiten. Ganz im Gegenteil: Im Zuge seiner marktliberalen Reformen fallen jegliche Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt dem Sparhammer zum Opfer.

Am Social-Media-Pranger

Mit dem Misstrauen in die Justiz und Politik suchten sich die Frauen* einen anderen Weg, um eine Veränderung zu erwirken. Mit Hilfe von Social Media versuchen sie, ihren Narrativ selber zu bestimmen. Die Feministinnen* vernetzen sich online, verbreiten ihre persönlichen Geschichten und Erfahrungen und machen auf die Missstände aufmerksam. Sie geben sich gegenseitig einfache Tipps, wie sich die Opfer wehren können oder an wen sich Frauen*, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, wenden können. Vermehrt werden auch sogenannte «escraches», eine Art öffentliche Anklagen, verbreitet. Frauen*, welche von Männern* psychisch und/oder physisch misshandelt wurden, veröffentlichen dabei Bilder der Angeklagten mit einem Beschrieb ihrer Taten. Im mindesten verfolgen sie dabei das Ziel, andere Frauen* vor ebendiesen Männern* zu warnen und damit zukünftige Misshandlungen zu verhin-

dern. Sie erhoffen sich davon aber auch, dass die öffentlich angeprangerten Männer* sich vor dem Gesetz verantworten müssen und eine gerechte Strafe erhalten. In manchen (wenigen) Fällen erreichten sie damit bereits, dass das Gericht sich gezwungen sah, einen Fall anders zu behandeln, weil der öffentliche Druck zu gross wurde. Im Gespräch mit verschiedenen betroffenen Frauen* kristallisierte sich heraus, dass sie diese Art öffentlicher Anklage als letztes und einziges Mittel sehen, im aktuellen System Gerechtigkeit zu erreichen. Sie erkennen zwar das Problem, dass die Folgen eines solchen Social-Media-Prangers nicht voraussehbar und nicht zu kontrollieren sind, aber solange sich Argentinien weigert, sein Justizsystem von Grund auf zu verändern, sehen sie sich gezwungen, so zu handeln.

Frauen* führen den Diskurs an

Alle drei Bewegungen, die «pañuelos verdes», «#niunamenos» und die «escraches» überschneiden sich. Und sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich durch alle sozialen Schichten ziehen, antikapitalistisch sind, das herrschende System anprangern und anstatt Reformen einen ganzheitlichen Bruch fordern. Die Bewegungen sind basisdemokratisch organisiert, haben keine klare Anführerin*, sind an keine politische Partei gebunden und Frauen* führen den Diskurs an. Durch die Bewegung lernten sie, einander zu vertrauen, sich zu verbünden und zu unterstützen – etwas, wovon auch wir noch viel lernen können. «Viva la sororidad!» ■

Begriff «Frauen*»

Der Begriff «Frauen*» (mit Stern) schliesst alle Personen ein, welche sich – unabhängig ihres bei der Geburt eingetragenen Geschlechts und ohne Rücksicht auf die vorherrschenden gesellschaftlichen und sozialen Normen – als Frauen* verstehen.

Das ist eine Mogelpackung

Regula Rytz, Präsidentin GRÜNE Schweiz und Nationalrätin (BE)

22

Die kantonalen Sondersteuerregimes haben die Schweiz zu einem globalen Paradies für Steuerdumper gemacht. Die GRÜNEN setzen sich für die Abschaffung dieser Steuerprivilegien ein. Der Kuhhandel des Parlamentes im «Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)» überzeugt aber nicht. Im Gegenteil: Er heizt den interkantonalen und globalen Steuersenkungswettbewerb weiter an und führt zu Abbau beim Service public.

Auf internationalen Druck hin muss die Schweiz die kantonalen Steuerprivilegien für globale «Statusgesellschaften» abschaffen. Der erste Versuch in diese Richtung, die Unternehmenssteuerreform III (USRIII), scheiterte in der Referendumsabstimmung vom Februar 2017 klar. Nebst den GRÜNEN und Gewerkschaften hatten sich auch Städte und bürgerliche Gemeindebehörden gegen die damit verbundenen massiven Steuerausfälle zur Wehr gesetzt. Leider hat das nationale Parlament aus dem Debakel nichts gelernt: Auch das «Bundesgesetz über die Steuerreform und

die AHV-Finanzierung (STAF)», über das wir im Mai abstimmen, heizt den Steuerwettbewerb weiter an. Es ersetzt international verpönte Steuerprivilegien durch ebenso umstrittene neue Instrumente. Und es wird bei Bund, Kantonen und Gemeinden zu Steuerausfällen von über 2,1 Milliarden Franken jährlich führen.

Echte Gegenfinanzierung der Steuerausfälle fehlt

Als sogenannte «Gegenfinanzierung» der mit der STAF verbundenen Steuerausfälle ist eine Finanzspritze für die AHV vorgesehen. Wir GRÜNE

unterstützen die finanzielle Stabilisierung der AHV, weil so mehr Zeit für eine umfassende Reform bleibt. Die Finanzspritze kommt aber nicht annähernd einer «Gegenfinanzierung» gleich. Denn es sind nicht die Nutzniesser der Steuerreform, die dafür aufkommen – beispielsweise durch eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung und Korrekturen beim Kapitaleinlageprinzip, wie wir GRÜNEN dies im Parlament verlangt hatten. Sondern primär die Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber. Gekoppelt mit der ruinösen Steuervorlage bedeutet die AHV-Finanzspritze also eine reine Akzeptanzförderungsmassnahme.

Doppelte Entlastung der Unternehmen auf Kosten der Arbeitnehmenden

Die STAF wird den Steuerdumping-Wettbewerb zwischen den Kantonen weiter befeuern. Und entlastet



VertreterInnen der GRÜNEN und Jungen Grünen an der Einreichung des Referendums gegen die Steuervorlage.
Bilder: Benjamin Zumbühl

die Unternehmen (und ihre Besitzer). Die Zeche dafür zahlen die Arbeitnehmenden. Um die bisher privilegiert besteuerten Unternehmen in der Schweiz zu halten, setzen Bund und Kantone nämlich auf zwei Instrumente: Erstens sollen die Bemessungsgrundlagen (der zu versteuernde Gewinn) durch neue Sondersteuerinstrumente wie beispielsweise die Patentbox reduziert werden. Und zwar nicht nur für die bisher privilegierten Statusgesellschaften, sondern für alle Unternehmen in der Schweiz. Zweitens wird die Besteuerung des Restgewinns durch eine allgemeine Senkung der Kapital- und Gewinnsteuersätze in den Kantonen stark gemildert. Auch hier gibt es einen «Mitnahmeeffekt» für die bisher normal besteuerten grossen Unternehmen in der Schweiz. Sie werden um über 4,5 Milliarden Franken entlastet.

Ungleichheiten werden verschärft

Die SV17 trifft die Kantone unterschiedlich. Kantone mit vielen Statusgesellschaften (BS, ZG, VD, GE) profitieren von Mehreinnahmen nach Aufhebung der verpönten Steuerprivilegien. Kantone mit weniger Statusgesellschaften hingegen passen ihre Steuersätze aufgrund des Wettbewerbsdrucks ohne Mehreinnahmen nach unten an. Die Folge sind nicht finanzierbare Steuersenkungen, die einen massiven Abbau des Service public zur Folge haben. Auch entwicklungspolitisch stellt die STAF im Vergleich zur abgelehnten USRIII keinen Fortschritt dar. Die Beurteilung durch Alliance Sud ist vernichtend. Für uns GRÜNE ist deshalb klar: Nur wenn die STAF an der Urne scheitert, gibt es Spielraum für eine neue Steuerpolitik. Die verpönten Steuerprivilegien sollen ohne Schaden für die globale Solidarität und den Service public in der Schweiz abgeschafft werden. ■



Mit einer engagierten Abstimmungskampagne will die Allianz «USR3, STAF: Nein bleibt NEIN», bestehend aus politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Verbänden, das schädliche Steuerdumping-Projekt am 19. Mai bodigen.

Der STAF-Prozess im Kanton Zug

Am 2. Oktober 2018 hat der Regierungsrat seinen Umsetzungsvorschlag zur nationalen STAF für den Kanton Zug präsentiert. Wie bereits im Artikel von Regula Rytz erwähnt, führt die Steuerrevision im Kanton Zug zu keinen direkten Steuerausfällen und gemäss Regierung jedoch auch nicht zu Mehreinnahmen. Die kantonsrätliche Kommission schliesst die Behandlung der Vorlage diesen Frühling ab, anschliessend findet die Debatte im Kantonsrat statt.

Nationale Vorlage bekämpfen

Die Alternative – die Grünen bekämpft nun in einer ersten Phase dezidiert die nationale STAF-Vorlage. Die verpönten Steuerprivilegien werden nun einfach durch neue Instrumente ersetzt. Es vergeht kaum eine Steuervermeidungsenthüllung wie etwa die Paradise Papers, ohne dass in Zug domizilierte Unternehmen darin vorkommen. Wir wissen es genau: Der Reichtum hier ist die Armut dort. Den Menschen in ärmeren Ländern entgehen jährlich Milliarden an notwendigen Steuergeldern. Auch die neuen Privilegien werden dazu führen, dass die weltweite Ungleichheit weiter zunehmen wird.

Die Finanzierung der Altersvorsorge muss überdacht werden, ohne dass das Rentenniveau gesenkt wird. Die Alternativen – die Grünen wehren sich aber vehement dagegen, dass dies mit dem vorliegenden Kuhhandel geschieht. Die Alternativen – die Grünen werden wohl die einzige Partei im Kanton Zug sein, welche die STAF-Vorlage ablehnt und für die globale Solidarität einsteht. Deshalb brauchen wir eure Unterstützung für die bevorstehende Abstimmungskampagne, besten Dank.

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – die Grünen Zug

Kohle mit Kohle

Christina Gut, Vorstandsmitglied Junge Alternative Zug

24

Fossile Brennstoffe sind auf dem absteigenden Ast. Nicht nur werden sie in einigen Jahren aufgebraucht sein, sie werden auch teurer als nachhaltige Energiequellen. Soweit die wirtschaftlichen Argumente, von den ökologischen gar nicht anzufangen. Und trotzdem gibt es weiterhin Unternehmen, die in die Kohleindustrie investieren und dies als angeblich klimafreundlich verkaufen wollen.

In einer liberalen Wirtschaftsordnung hat der Staat die Aufgabe, den Unternehmen Grenzen zu setzen. Jedoch wird es schwierig, sich völlig gegen die Wirtschaft und deren Entwicklungen zu stellen. Das wird auch Donald Trump bald merken, wenn er die Kohle in den USA wiederbeleben möchte. Nicht nur bietet der Bereich erneuerbare Energien wesentlich mehr Arbeitsplätze als die Kohleindustrie,

Übergang in eine Wirtschaft, die mit weniger Kohle auskommt» unterstützen. Trotzdem verteidigen sich Glencore und andere Kohleprofiteure an anderer Stelle damit, dass Kohle zu sauberer Energie werde. Dazu wird eine Technik namens Carbon dioxide capture and storage (Kohlenstoffdioxidabscheidung und -lagerung), kurz CCS angepriesen. Mit diesem Verfahren soll das entstehende CO₂ nicht in



Auch im modernen Deutschland verbrennt man in Brandenburg Kohle zur Stromerzeugung! Bild: blackpictures.

die Unternehmen wollen gar keinen Kohlestrom mehr. Die meisten wohl nicht aus einem frisch erwachten ökologischen Bewusstsein heraus, der nachhaltige Strom ist schlicht billiger. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird die Energiewende daher hoffentlich nur bremsen, nicht aufhalten.

Kohle ist klimaschädlich

Warum aber investiert dann ein Rohstoffmulti wie Glencore weiterhin in den Kohleabbau? Von der «Wochenzeitung WoZ» zum wachsenden Gewinn mit Kohle im Bezug auf das ökologische Gewissen befragt, antwortet der Konzern nur ausweichend und meint, sie würden «den

die Atmosphäre abgegeben, sondern unterirdisch eingelagert werden.

Doch obwohl seit Jahrzehnten Forschung in diesem Bereich stattfindet, hat es sich kaum bis gar nicht durchgesetzt. Einige wenige Kraftwerke mit CCS existieren, die Betreiber schliessen aber den Bau von weiteren aus. Zum einen sind viele Projekte an technischen Hürden gescheitert, zum anderen rentieren sie nicht. Das Gerede von der klimaneutralen Kohle entpuppt sich als heisse Luft.

Düstere Aussichten

Trotzdem setzt Glencore mit Kohle Milliarden um, vorrangig in Asien steigt der Kohleverbrauch drastisch.

Die Industrie verteidigt sich, dass es sich dabei oft um Entwicklungsländer handle, welche auf die Energie angewiesen seien. Da darf man sich schon die Frage stellen, ob den Ländern mit einem bald aufgebrauchten Rohstoff als Energielieferant wirklich geholfen ist. Mag sein, dass Kohlestrom jetzt noch billiger ist, jedoch wird kaum ein Kohlekraftwerk-Betreiber nach nur wenigen Jahren das milliarden schwere Projekt wieder einstampfen, um stattdessen erneuerbare Energien zu fördern, auch weil bis dahin viele Arbeitsplätze rund um das Kraftwerk entstanden sein werden.

Düstere Aussichten für unsere Kinder und Enkel. Glücklicherweise gibt es weltweit Klimaaktivist*innen, welche sich wehren. Auch wenn China sich zur neuen Weltwirtschaftsmacht aufschwingen möchte, die Bevölkerung leidet schon lange unter der immer weiter zunehmenden Luftverschmutzung. Greenpeace setzt daher auf die Gesundheit als Argument, um die neuen Kraftwerke zu bekämpfen.

Klimaschutz jetzt!

In anderen Staaten findet der Kampf gegen die Kohle bereits vor Gericht statt. Ganze Städte und Staaten stehen für die Zukunft ihrer Bürger ein, ebenso wie Einzelpersonen. Und das nicht nur in den als klagefreundlich bekannten USA, auch in der Schweiz haben sich die sogenannten «Klimaseniorinnen» zusammengeschlossen und den Bundesrat verklagt. Ihrer Ansicht nach tut dieser zu wenig gegen den Klimaschutz. Die eingangs erwähnten Grenzen werden nicht gesetzt. Die Anwältin der Klimaseniorinnen gibt der Klage gewisse Chancen. Gegen ein Unternehmen wegen Schäden durch die Kohle anzutreten, ist etwas schwieriger, aber ebenfalls nicht unmöglich. So oder so, couragierte Bürger*innen verschiedener Länder nehmen nun die Unternehmen beim umweltbewussten (PR-)Wort. ■



Kürzlich war ich in Schwyz im Forum Schweizer Geschichte und sah dort die Ausstellung «HEILIGE, Retter in der Not». Drei in der Innerschweiz oft genannte Heilige habe ich vermisst. Den heiligen Bimbam, den heiligen Strohsack und das heilige Kanonenrohr, die bei uns doch sehr oft in einem Ausruf des Erstaunens oder des Entsetzens vorkommen. Und bei der täglichen Lektüre oder unterwegs im Kanton brauche ich sie immer wieder. ■

Heiliger Bimbam: Der Klimawandel bedroht den Tourismus, die Schneegrenze steigt, Permafrost taut auf. Die Walliser kennen die Lösung: Biker mit Helikoptern auf den Berg fliegen. Ja, denken macht Kopfschmerzen, vor allem, wenn man es sich nicht gewohnt ist. ■

Heiliger Strohsack: In Davos spricht eine 14-jährige über die Verantwortung für den Klimawandel. Sie verursacht einen Medienhype weil sie sich wünscht, dass die Herrschaften auf dem Podium nicht zuversichtlich sein sollen, sondern in Panik geraten. In Zug sprechen im selben Monat 40-jährige (und andere) über die Zahl von Parkplätzen und über Parkplatzgebühren. 2019. ■

Heiliges Kanonenrohr: Manchmal treibt die «Anwendung» von Gesetzen seltsame Blüten. Mit

allem erdenklichen Personalaufwand werden private Drogenküchen ausgehoben oder Hanfplantagen geräumt. SchülerInnen wird der Eintrag unentschuldigter Absenzen angedroht, wenn sie für die Umwelt demonstrieren. Nachtruhestörung durch Angeber mit übermotorisierten Statussymbolen belästigt und belastet mehr Menschen. Offenbar ist es nicht möglich (oder nötig?), zwei (2) Beamte abends mit Kamearas mal an der Baarerstrasse (Höhe Metalli), mal am Postplatz einzusetzen, um die Kennzeichen der röhrenden Maschinen zu knipsen. ■

Heiliger Bimbam: Im September 2018 haben wir über den sogenannten Veloartikel (Gegenvorschlag zur Velo-Initiative) abgestimmt (73,6 Prozent Ja bei nur 37 Prozent Stimmbeteiligung). Velowege sollen in den bereits bestehenden Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege integriert werden. Der nun gutgeheissene, gegenüber der Veloinitiative aber abgeschwächte Artikel erlaubt (sic!) dem Bund, Fördermassnahmen zu unterstützen, schafft aber keine neuen Subventionen. Die Förderung selbst ist Sache der Kantone und Gemeinden. Das ASTRA nimmt sich das zu Herzen, meldet auf seiner Website auch im Februar 2019 noch, dass die Abstimmung bevorsteht und nach der Abstimmung dann die

gesetzlichen Grundlagen erarbeitet werden müssen. Inzwischen ist das Hauptthema für das ASTRA jedoch neu gesetzt, Ausbau der Autobahnen auf sechs Spuren. Pro Velo hingegen fordert den Bund auf, eine nationale Strategie zu erarbeiten, wie das Velo in der Schweiz gefördert werden könne. Dies analog zu Ländern wie den Niederlanden, Deutschland, Dänemark oder Frankreich. Nationalrat Hurter (SVP) weist darauf hin, dass beim Bund nur eine Stelle für die Veloförderung geschaffen werde, und der entsprechende Etat lediglich 1,5 Mio. Franken betrage. «Unter dem Strich ist das also kein Erfolg.» ■

Heiliger Strohsack: In der Schweiz spendet ein grosszügiger Mensch Hunderttausend Franken für die Medikamente einer Frau, die nur mit diesen teuren Medikamenten überleben kann. Der Spender kann es nicht lassen, die Spende zu begründen mit bösen Krankenkassen und Geldverschwendung für Flüchtlinge und Asylwesen. Im Mittelmeer ertrinken täglich Menschen, die von Schleppern ausgehöhlet und betrogen werden und in Europa ihre letzte Hoffnung sehen. 2019. ■

Heiliges Kanonenrohr: Diesmal im wahrsten Sinne des Wortes. In der Schweiz produzierte

Kanonen aller Grössen müssen exportiert werden können, denn wir brauchen eine erfolgreiche und innovative Rüstungsindustrie, im Interesse der Arbeitsplätze und im Interesse unserer Armee. Man mag sie nicht mehr hören, diese Argumente. Wir schaffen oder erhalten Arbeitsplätze, müssen dafür Arbeitskräfte importieren, beklagen uns dann über Ausländer und Dichtestress und weiss nicht was. Wir wollen die Schweiz als neutrales Vermittlerland in internationalen Konflikten sehen, liefern aber sehr gerne Waffen für die nächsten Konflikte. Und unsere Armee? Braucht die solche Waffen? Wie wird denn heute oder in Zukunft ein Krieg geführt, der auch die Schweiz betreffen könnte? Handelskrieg, Cyberkrieg, Steuerwettbewerb usw. lassen sich nicht mit Schiessen und Abschiessen gewinnen. Rohrkrepiere, heiliges Kanonenrohr! ■



26

Gateways to New York

Montag, 8. April
20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Othmar H. Ammann, der geniale Schweizer Ingenieur, zog 1904 als junger Mann nach Amerika und definierte den Brückenbau neu, immer wieder und auf spektakuläre Weise. Die weltberühmte George-Washington-Brücke ist sein Werk. Manhattan wird durch ihn erfahrbar. Er glaubt an den Fortschritt und ist Teil davon. Persönliche Einblicke in sein Leben und dynamische Bilder eines sich entwickelnden Amerikas bilden ein spannendes Zeitzeugnis bis in die Gegenwart. Martin Witz ist anwesend für Q&A. Publikumspreis Solothurn 2019.

**A l'école des Philosophes**

Montag, 13. Mai
20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Fünf Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen werden von Fernand Melgar während ihres 1. Schuljahrs an der Sonderschule in der Rue des Philosophes in Yverdon mit der Kamera begleitet. Der Fokus liegt nicht nur auf dem Schulalltag, sondern auf dem gesamten sozialen Kontext. Der Zuschauer erlebt die Nöte, Freuden und Herausforderungen der Beteiligten und ihres Umfelds hautnah. Die Innensicht des Films trägt dazu bei, das schwierige Thema in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Ein bewegender Film, der zeigt, was möglich ist. Q&A mit Fernand Melgar.

**FLIZ-20-JAHRE-JUBILÄUM
Mein erster Berg, ein Rigi-Film und USA Time**

Montag, 17. Juni
19.30 Uhr
Apéro mit Filmabend
Kino Seehof Zug

20 Jahre FLIZ! Wir blicken zurück mit Filmen des Gründungsmitglieds Erich Langjahr. Sein erster digital gedrehter Film, der fast ohne Dialoge auskommt, zeigt Bilder der Rigi jenseits traditioneller Glorifizierung, die mit Naturtönen des Musikers Hans Kennel unterlegt sind. Grossartige Landschaft und harte Arbeit am Beispiel des Älplers Märtel Schindler im Lauf der Jahreszeiten. Vor dem Hauptfilm wird der gerade restaurierte Kurzfilm «USA Time» gezeigt. Ein Schaufenster in Zug, im Jahre 1973, provoziert mit amerikanischen Klischees, die aktuell wie eh und je sind. Erich Langjahr ist anwesend.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug

**Mittwoch, 3. April 2019
Alternative Monatsbar
mit Nominationsver-**

sammlung
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die Alternative – die Grünen Stadt Zug. Um 20 Uhr Nomination nationale Wahlen.

**Mittwoch, 1. Mai 2019
Tag der Arbeit**

ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz, bei Schlechtwetter im Bургbachtal

**Mittwoch, 8. Mai 2019
Alternative Monatsbar
mit Themenabend Transi-**

tion Towns
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht das KriFo Cham.
Um 20 Uhr «Das andere Zug» – Neumitglieder organisieren einen spannenden Abend zu inspirierenden Projekten

**Mittwoch, 5. Juni 2019
Alternative Monatsbar**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht das Grüne Forum Hünenberg.

**Mittwoch, 3. Juli 2019
Alternative Monatsbar**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die Grünen Risch-Rotkreuz.



Mittwoch, 4. September 2019
Alternative Monatsbar

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal Zug
 Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die die Alternative – die Grünen Menzingen.

Samstag, 14. September 2019
Sponsor*innenlauf

Nachmittag, am Alpenquai hinter dem goldenen Kiosk

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
 041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
 Alternative – die Grünen Zug:
 Mo und Do 9–16 Uhr
 E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
 werden von Mo–Fr bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
 Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
 Postfach 123
 6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und
 Gurbetelli Yener
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne

Fraktion im Kantonsrat
www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
 @AlternativeZG



Instagram
 @alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
 Sende deinen Namen per
 WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
 Bulletin Nr. 1, 23. März 2019 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug,
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
 Natalie Chiodi
 Jonas Feldmann
 Hansjörg Glauser
 Hansruedi Küttel
 Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
 (100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
 Nr. 1/2019:
 Freitag, 14. Juni 2019

Erscheinungsdatum
 Samstag 6. Juli 2019

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

